

## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeberin/Redaktion	Inserate	Layout/Druck
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang. Erscheint monatlich.

### Inhalt



**Wechsel im Präsidium**  
Den Überblick bewahren. **2**



**Papiervernichter**  
Standesinitiative der FDP St. Gallen. **5**

**Jacques Bourgeois**  
Freisinniger an der Spitze des Bauernverbandes. **6**

**Neuer Finanzausgleich**  
Für einen nationalen Konsens. **8/9**

**DV in Bellinzona**  
Das Wachstumspapier der FDP. **11-14**

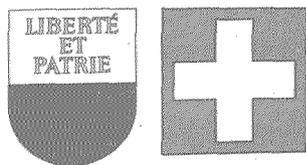
Anzeige

**Innotherm**  
Öl-Kondensationsheizungen sparen 10% Heizöl.  
**INNOTHERM**  
Innotherm AG · Tolackerstr. 14 · 8274 Tägerwilen  
Telefon 071 669 28 82 · Fax 071 669 28 87

## Energischer Diener des Landes

### Zum Gedenken an Bundesrat Georges-André Chevallaz

Im noch jugendlichen Alter von 34 Jahren wurde der 1915 geborene Georges-André Chevallaz – als Mitglied der örtlichen freisinnigen Partei – in sein erstes politisches Amt gewählt, in das städtische Parlament von Lausanne.



Von alt Bundesrat Rudolf Friedrich, Winterthur

Auf Grund seiner erfolgreichen Tätigkeit als Parlamentarier, seines breiten Wissens und seines Durchsetzungsvermögens nominierte ihn seine Partei 1957 als Kandidaten für das Lausanner Stadtpräsidium. In einem harten Wahlkampf obsiegte er gegen einen sozialdemokratischen Mitbewerber. Schon ein Jahr später gelang ihm der Sprung in den Nationalrat, worauf er fünfzehn Jahre lang beide Ämter mit Auszeichnung ausübte. Genau wie seinerzeit in der Lausanner Legislative



Bundesrat Georges-André Chevallaz zusammen mit seinem Kollegen Rolf Friedrich und Hunderten von Freisinnigen an einer Wahlkampföffnung in Burgdorf.

rückte Chevallaz dank seiner starken Persönlichkeit, seiner breiten Sachkenntnis und seinen prägnanten, wohl durchdachten Stellungnahmen bald in den Kreis der tonangebenden Persönlichkeiten des eidgenössischen Parlaments auf. Von 1970 bis 1973 präsidierte er die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung. Nach dem Rücktritt von Paul Chaudet 1966 war er ein erstes

Mal als Kandidat für den Bundesrat im Gespräch. Seine Fraktion zog ihm indessen den Tessiner Nello Celio vor. Im Dezember 1973 war es dann aber so weit. Zwar hatte seine Fraktion mit knapper Mehrheit den Genfer Staatsrat Henri Schmitt als ihren Kandidaten auf den Schild gehoben. Im Parlament aber wurde Chevallaz schon im ersten Wahlgang zum Bundesrat gewählt.

### Zwei Lanzen für die Steuerreform

In der nachfolgenden Departementsverteilung fiel ihm das Finanzdepartement zu, ein in jener Zeit besonders harter Brocken. Die sechs Jahre an der Spitze jenes Departements waren denn auch voll schwieriger Probleme, waren sie doch nach dem Erdölschock von 1973 durch eine hartnäckige Re-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

zession geprägt, die der Bundeskasse geringere Einnahmen, grössere Ausgaben und damit wachsende Fehlbeträge bescherte. So galt es denn, in mühsamer Kleinarbeit die Ausgaben zu senken und die Einnahmen zu steigern.

Nach einer Reihe von Einzelmassnahmen schien die Zeit für eine grundsätzliche Reform der Bundesfinanzordnung reif zu sein, und Bundesrat Chevallaz legte dem Parlament, gestützt auf umfangreiche Vorarbeiten seines Departements, einen ersten Entwurf zum Übergang von der bisherigen Warenumsatz- zur mo-

deren Mehrwertsteuer vor. Zu seiner Enttäuschung wurde diese fortschrittliche Vorlage, trotz Unterstützung durch alle vier Bundesratsparteien, im Juni 1977 von Volk und Ständen verworfen. Dank seiner eisernen Energie gelang es ihm, zusammen mit seinen Mitarbeitern im Parlament, in kurzer Zeit

ein neues Mehrwertsteuermodell mit reduziertem Satz zu erarbeiten, das jene Elemente zu entschärfen suchte, die in der vergangenen Volksabstimmung am meisten Opposition provoziert hatten. Doch diesmal scherte die SP aus schwer nachvollziehbaren Gründen aus, und im Mai 1979 scheiterte auch die zweite Mehrwertsteuervorlage in der Volksabstimmung.

Sehr lebhaft erinnere ich mich der grossen Enttäuschung des Finanzministers. Er war in seiner tiefen Überzeugung getroffen, dass der Systemwechsel im Interesse geordneter Bundesfinanzen und einer besseren Ausgestaltung der Konsumsteuer unerlässlich sei. Die spätere Entwicklung hat ihm denn auch in jeder Hinsicht Recht gegeben. Die Einsicht, dass es wohl besser sei, wenn es nun einmal ein anderer versuche, aber auch sein grosses Interesse für die militärische Landesverteidigung führte Chevallaz 1980 zum Wechsel ins Militärdepartement.

In diesem Jahr amte er auch als Bundespräsident. Zunächst als Präsident der nationalrätlichen Militärkommission und später als Kollege in der Landesregierung konnte ich aus der Nähe mitverfolgen, mit welchem starkem Willen er sich für eine laufende Modernisierung der Armee einsetzte. Für ihn gab es in jener Epoche des Kalten Krieges zu Recht keinerlei Zweifel an der Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung, auch wenn es schon damals nicht ganz einfach war, das militärisch Not-

wendige mit dem finanziell Möglichen in Einklang zu bringen. In seine Amtszeit fielen der zukunftsweisende Entscheid für den Kampfpanzer «Leopard» und die Beschaffung weiterer wichtiger Waffensysteme, die er auch gegen den Widerstand pazifistischer Kreise unter Hinweis auf die Bedrohungslage durchsetzte.

## Ein Mann des Kollegiums

Chevallaz war im Bundeshaus aber nicht nur Departementsvorsteher. Stets befasste er sich auch einlässlich mit den departementsübergreifenden Regierungsgeschäften, getreu seiner Überzeugung, dass der Bundesrat nicht ein Nebeneinander von sieben Departementsverwaltern, sondern ein Regierungskollegium sein müsse. Immer war er auch ein gewandter Fürsprecher der Romandie.

Ende 1983 trat Georges-André Chevallaz zurück. Er widmete sich in der Folge geschichtlichen und politischen Studien, die in mehreren anregenden Schriften ihren Niederschlag gefunden haben. Ich habe Bundesrat Chevallaz als kraftvolle, energische und überzeugende Persönlichkeit erlebt. Medienrummel behagte ihm nicht, und nie suchte er persönliche Popularität. Seinem Wesen entsprachen nüchterne Sachlichkeit und zielbewusste Arbeit. So war er ein Diener des Landes im besten Sinn, und dafür sind wir ihm zu Dank verpflichtet.

Quelle: NZZ, Mittwoch, 11. September 2002

## Wechsel im Präsidium

### Christine Beerli präsidierte die Fraktion über 6 Jahre

**Die Präsidentin der FDP-Bundeshausfraktion, Christine Beerli, hat vor den Mitgliedern der Fraktion ihren Rücktritt bekannt gegeben. Ständerätin Beerli gibt das Amt der Fraktionspräsidentin nach 6 Jahren ab. Die Nachfolge wird Mitte November bestimmt.**

Christine Beerli leitete die FDP-Fraktion seit 1996 und ist damit amtsälteste Fraktionspräsidentin. Die 49-jährige Bielerin gehört seit 1991 dem Ständerat

an. Bereits Anfang Jahr hatte Ständerätin Beerli angekündigt, dass sie das Amt vor den Wahlen im Herbst 2003 abgeben werde. Dadurch steht ihrer

Nachfolgerin oder ihrem Nachfolger genügend Einarbeitungszeit zur Verfügung.

Die Nachfolge von Christine Beerli wird in der Fraktionssitzung vom 15. November 2002 bestimmt. Die Eingabefrist für Wahlvorschläge läuft bis zum 20. Oktober.



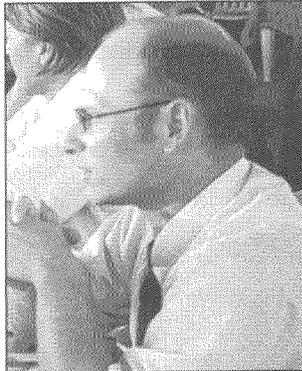
Egal, an welchem Tisch Christine Beerli auch immer sitzt: Sie hat immer den Überblick.

Bild rus

# Neu an Bord

## Ein lustvoller Seitenwechsel

Am 2. September hat Christian Weber seine Tätigkeit als Pressechef der FDP Schweiz aufgenommen. Er hat also gewissermassen die Seite gewechselt, vom Bundeshaus-Journalisten zum Partei-Lieferanten von Medienmitteilungen.



Christian Weber nach dem lustvollen Seitenwechsel. Bild rus

Als bekannt wurde, dass Sie in die Parteizentrale der FDP Schweiz wechseln, wurden Sie aus Kollegen-Kreisen bestimmt mit der Frage konfrontiert: Warum dieser Seitenwechsel?

Nun, die Antwort ist sehr einfach: weil ich Lust habe auf diese Aufgabe und

Freude an der neuen Herausforderung. Es ist aber keineswegs so, dass mir der Job als Bundeshaus-Journalist komplett «verleidet» wäre.

Sie sprechen von Lust auf die neue Aufgabe. Ist Ihnen die Lust in Ihrer bisherigen Tätigkeit abhanden gekommen?

Ich möchte es so sagen: Nach fast 7-jähriger Tätigkeit im Bundeshaus er tappte ich mich doch gelegentlich, an Spritzigkeit

verloren zu haben. Egal, welche Tätigkeit ich auch immer an die Hand nehme, möchte ich immer mit mindestens 100 Prozent Einsatz bei der Sache sein – und das bin ich nun wieder.

So komplett anders ist Ihre Aufgabe aber gar nicht?

Nein, aber ich wollte mich auch nicht komplett verändern. Der jetzige Wechsel war ein logischer Schritt. Ich bin nach wie vor mit der Bundespolitik verbunden, die ich seit geraumer Zeit sehr nahe mitverfolge, habe aber die Perspektive etwas gewechselt.

Wieso gerade ein Wechsel in die Parteizentrale der FDP?

Als FDP-Mitglied macht dies durchaus Sinn. Es entspricht meinem Naturrell, an konkreten und praktischen Lösungen zu arbeiten. Ideologische Grabenkämpfe sind mir an sich zuwider.

Stichwort Grabenkämpfe. Der Gegenvorschlag zur Goldinitiative spaltet aber gerade die FDP. Mehr als die Hälfte der Kantone fasste die Nein-Parole. Wie werden Sie damit fertig?

Sehr gut. «Freisinnig» bedeutet nach meiner Auffassung, dass man unterschiedliche Meinungen haben und die offen vertreten kann. Würden bei der FDP Meinungen vorgeschrieben, wäre ich sicher-

lich nicht Pressechef dieser Partei geworden.

Isolationismus ist nicht Ihre Sache. Eine Umfrage zeigt, dass sich die Schweizer in ihrem Land wohl fühlen. Haben Sie keine Angst, dass dies einer offenen Schweiz abträglich ist?

Ganz im Gegenteil. Welttoffenheit macht nur im Zusammenhang mit einem gesunden schweizerischen Selbstbewusstsein Sinn. Wir müssen uns unserer Stärken und Qualitäten bewusst sein, und dann brauchen wir uns auch nicht vor der Welt zu verstecken.

Der Wahlslogan 2003 der FDP heisst: Freiheit und Verantwortung. Was bedeutet dieser Slogan für Sie persönlich?

Freiheit ohne Verantwortung ist nicht möglich – und auch das Umgekehrte trifft zu. Ich geniesse die Freiheit, die ich als Bürger der Schweiz habe, bin mir aber gleichzeitig bewusst, dass diese ohne verantwortungsvolles Handeln sehr schnell verloren geht. Diese «Un-Freiheit» müssen wir energisch bekämpfen.

Das Interview mit dem neuen FDP-Pressechef führte Ruedi Schläpfer

# Der Wahlkampf hat begonnen

## Alle legen bereits Hand an



Sei es im Kanton Luzern oder Zürich, man spürt es an allen Ecken und Enden, dass Kantonsratswahlen bevorstehen. So stellt sich auch Kantonsrat Ruedi Noser, Homrechtikon, an, die nächste Sprosse zu erklimmen.

Bild rus

# Neue Fahne für FDP Arth-Oberarth-Goldau

### Gleiche Flagge, andere Parole als die Mutterpartei

Im Vorfeld der Abstimmungen traf sich die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) Arth-Oberarth-Goldau im Hotel Hofmatt, Arth, um ihre neue Fahne einzuweihen. Die dort gefassten Parolen ergaben ein Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), ein Nein zur Goldinitiative und ein Ja zum Gegenentwurf.



Fahngotte Claudia Förö und Präsident Karl Suter sind stolz auf ihre neue FDP-Fahne.

Fotobyline: Ursula Smolinski-Stäuble

Präsident Karl Suter lud zur parolenfassenden Versammlung kompetente Gastreferenten ein. Kantonsrat Karl Fisch, Gross, machte sich stark für das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), da sich der Strommarkt im Umbruch befindet: «De facto hat die Öffnung des Strommarkts bereits begonnen. Das EMG schafft lediglich die nötigen Leitplanken, damit

diese Öffnung geordnet ablaufen kann.» Kritisch hinterfragt wurde Karl Fisch von Edgar Burkart, Betriebsleiter der Gemeindewerke Arth, der nicht einseh, dass etwas geändert

werden soll; er war der Überzeugung, dass Grosskunden jetzt schon gute Strompreise haben. «Für kleine Kunden, dazu gehören Haushalte und KMU, führt das EMG zu einem

Preisanstieg», prophezeite Edgar Burkart und erhielt bei den Parteimitgliedern Unterstützung. Dies, obwohl die Mutterpartei die Ja-Parole beschlossen hatte.

#### Wie die FDP Schweiz

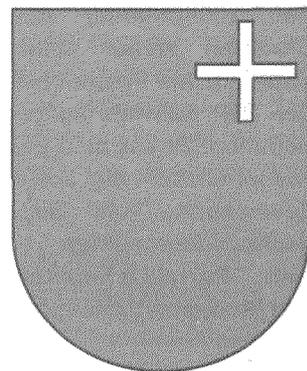
Kantonsrat Kuno Kenel, Arth, sprach sich gegen die Goldinitiative der SVP aus, da das Goldvermögen wahrscheinlich schon nach wenigen Jahren aufgebraucht sei. Ausserdem stellte er fest, dass die Kantone leer ausgehen würden.

Claudia Förö, Oberarth, erachtet den Gegenentwurf der Bundesversammlung, «Gold für AHV, Kantone und Stiftung», für sinnvoll, ausgewogen und gerecht. Rückendeckung erhielt sie von Irene Thalman, der Präsidentin der FDP-Frauen Kanton Schwyz.

Die Parteimitglieder diskutierten ausführlich über die Verwendung der überschüssigen Goldreserven und fassten folgende Parolen: Nein zur Goldinitiative der SVP, Ja zum Gegenentwurf der Bundesversammlung. Die Stichfrage entschieden sie zu Gunsten des Gegenentwurfs.

#### Sichtbarer Wechsel von LVP zu FDP

Da die FDP Arth-Oberarth-Goldau an ihrer Generalversammlung vom 8. Februar 2001 beschloss, den alten Namen LVP abzulegen, wurde die Anschaffung einer neuen Fahne unumgänglich. Clau-



dia Förö machte daraufhin spontan das Angebot, eine neue Fahne zu spenden. Eineinhalb Jahre nach dem Namenswechsel war es nun so weit. Die Fahngotte Claudia Förö übergab Präsident Karl Suter feierlich die neue Fahne der FDP und schlug vor, von nun an die Namen der Präsidenten mit ihrer Amtsdauer auf die Fahne aufzudrucken. Dieser Vorschlag stiess bei den Parteimitgliedern auf positives Echo. Der Fahneneinweihungsakt wurde musikalisch umrahmt vom Duo Petra und Heinz Theiler jun., das die Anwesenden mit ihrer Handorgel und Bassgeige begeisterte.

#### Verdankungen

Während des anschließenden Apéros dankte Präsident Karl Suter drei Parteimitgliedern für ihren geleisteten Einsatz: Pascal Müller (zwei Jahre Schulrat), Aldo Imhof (vier Jahre Fürsorgebehörde) und Lukas Fürer (vier Jahre Stimmzähler).

## Wahlkampf ist Teamarbeit



Bild: rus

# Schluss mit den Papiervernichtern

Standesinitiative der FDP St. Gallen zum Ausländergesetz

Die heutige Situation im Asylwesen ist gekennzeichnet durch massive Vollzugsprobleme im Ausschaffungswesen. Die Inhaftierung und Ausschaffung nach einem abgeschlossenen Asylverfahren ist in vielen Fällen nicht möglich, weil das Haftüberprüfungsverfahren enorm aufwendig geworden ist.

Von *Andreas Widmer, Wil, Initiant der St. Galler Standesinitiative zur Verschärfung der Ausländergesetzgebung*



Andreas Widmer

Dabei besteht heute das grösste Problem darin, dass es den kantonalen Behörden nicht gelingt, eine vollzugsgenügende Identität festzustellen. Dies hat zur Folge, dass auszuschaffende Personen oft monatelang auf freiem Fuss bleiben, weil sie ihre Identität verweigern oder falsch angeben. Ausländische Delinquenten müssen nach polizeilichen Festnahmen meistens rasch wieder freigelassen werden.

Praktisch alle Asylsuchenden stellen mittlerweile ihre Gesuche ohne jegliche Papiere bzw. vernichten diese gezielt, um eine bessere Rechtsstellung zu erhalten. Mit diesem Trick gelingt es ihnen, den langfristigen oder sogar dauernden Verbleib in der Schweiz unrechtmässig durchzusetzen.

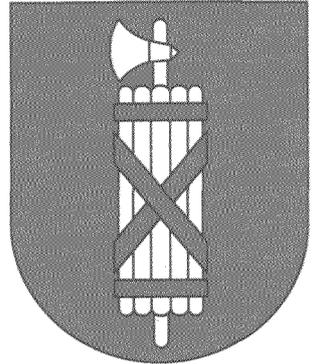
Auf Grund der bestehenden Bundesgesetzgebung

sind die für den Vollzug des Asylwesens verantwortlichen kantonalen Behörden oft machtlos, denn sie müssen beweisen können, dass die von der ausländischen Person geltend gemachte Identität falsch ist. Dieser Beweis kann jedoch in der Praxis in der erforderlichen Art und Weise nur selten erbracht werden. Zudem verweigern die zur Ausreise verpflichteten ehemaligen Asylsuchenden die Zusammenarbeit bei der Beschaffung der erforderlichen Reisepapiere. Eine Verbesserung der Vollzugsprobleme kann deshalb nur durch eine konkrete Änderung der bundesrechtlichen Bestimmungen erzielt werden. Die FDP des Kantons St. Gallen hat deshalb in der Septembersession eine Motion auf Einrei-

chung einer Standesinitiative eingereicht. Damit soll eine Änderung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) erreicht werden. Konkret angestrebt wird eine Ergänzung der Gründe für die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft in dem Sinne, dass Haft auch angeordnet werden kann, wenn Indizien dafür bestehen, dass die angegebene Identität falsch oder verfälscht ist, oder wenn andere berechtigte Zweifel an der Identität bestehen. Dies soll insbesondere dann gelten, wenn die ausländische Person den Behörden nicht in angemessener Frist Reisepapiere oder andere heimatliche Dokumente abgibt, die eine Identifizierung ermöglichen, oder wenn die Mitwirkung bei

der Papierbeschaffung verweigert wird. Bei Haftdauern von unter einem Monat in Fällen von unklarer Identität, konkreten Anzeichen für die Umgehung der Ausschaffung oder verweigerter Mitwirkungspflichten soll die Verhältnismässigkeit der Haft gesetzlich geregelt werden.

Die FDP St. Gallen erwartet nach der Umsetzung dieser Gesetzesänderung wesentliche Verbesserungen im Vollzug sowie eine erhöhte Glaubwürdigkeit



der Asylverfahren und fordert deshalb eine rasche Behandlung dieser Standesinitiative. ■

Anzeige

rundum wohl -  
mit Trybol

kräftigt Zahnfleisch

kräuterfrisch

mit Kamille

mit Grüntee

härtet Zahnschmelz

Karies-Prophylaxe

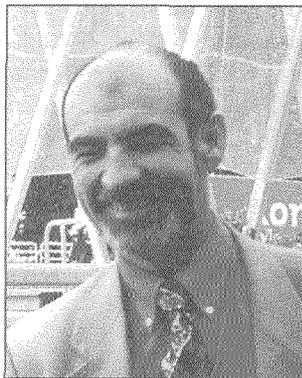
Trybol

natürliche Schweizer Mundpflege  
seit 100 Jahren

## Jacques Bourgeois neuer Direktor

Vom Schweizerischen Bauernverband ohne Gegenstimme gewählt

Die Landwirtschaftskammer, das «Parlament» des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV), wählte an ihrer ausserordentlichen Sitzung in Bern Jacques Bourgeois einstimmig zum neuen Direktor. Somit folgte das Wahlgremium dem Antrag des Vorstandes. Bourgeois – FDP-Grossrat im Kanton Freiburg – ist als Nachfolger von Melchior Ehrler der sechste Direktor in der Geschichte des SBV.



Jacques Bourgeois

hende Parlamentsdebatte zum nächsten Reformschritt der Agrarpolitik (AP 2007) betonte Bourgeois, es müsse ein angemessener und sozial verträglicher Rhythmus angeschlagen werden. Die wirtschaftliche Situation und die Befindlichkeit der Menschen, die vom Bauernberuf lebten, dürften nie aus den Augen verloren gehen. NR Hansjörg Walter, Präsident des SBV, freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Direktor. Diese sei bereits bestens eingespielt. Ihm sei vor allem wichtig, dass mit Bourgeois ein ausgewiesener Kenner der Märkte und Branchenorganisationen die Verbandsführung übernehme. Mit der Wahl eines Romands sei auch die regionalpolitische Ausgewogenheit in der Verbandsführung gewährleistet. ■

Der 44-jährige Bourgeois leitet beim SBV seit vier Jahren das Departement Pflanzenbau und Umwelt und war bisher stellvertretender Direktor. Vor seiner Tätigkeit beim SBV war er Direktor des Verbandes schweizerischer Gemüseproduzenten. Er hat eine Ausbildung als Ingenieur HTL abgeschlossen, gehört der FDP an und ist Mitglied im Freiburger Grossen Rat. Bourgeois ist verheiratet, Vater von zwei Kindern im Alter von 21 und 16 Jahren und wohnt in Avry-sur-Matran (FR). Jacques Bourgeois stellte sich den Mitgliedern der Landwirtschaftskammer vor und legte seine Vorstellungen über die zukünftige Verbandsführung und die Schwerpunkte seiner Arbeit vor. Bourgeois kündigte an, dass der Einsatz des SBV für den Fortbestand einer konsumenten-nahen Landwirtschaft in der Schweiz für ihn im Zentrum stehen werde. Im Hinblick auf die bevorste-

### Lebenslauf

**Name:** Bourgeois

**Vorname:** Jacques

**Geburtsdatum:** 14. März 1958

**Wohnort:** 39, Route de l'Otierdo, 1754 Avry-sur-Matran

**Bürgerort:** Vullierens und Ballaigues (VD)

**Zivilstand:** Verheiratet, zwei Kinder (21 und 16 Jahre)

**Ausbildung:** 1965–1973 Primar- und Sekundarschule in Vullierens und Morges  
1973–1974 Landwirtschaftliche Lehre an der Landwirtschaftsschule Schwand, Münsingen  
1974–1975 Landwirtschaftliche Lehre in Deutschland und auf dem väterlichen Betrieb  
1975–1977 Landwirtschaftsschule Marcelin sur Morges  
1979–1981 Handelsschule in Freiburg  
1982–1985 Ingenieurschule für Gartenbau in Lullier

**Diplome:** 1977 Diplom mit Prädikat, Landwirtschaftsschule Marcelin  
1981 Diplom als kaufmännischer Angestellter, Abendkurs  
1985 Diplomingenieur HTL, Fachrichtung Gartenbau, Lullier

**Weiterbildung:** 1990 Kaderkurs: «Presse und Public Relations»  
1995 Kurs für Management und Marketing – NPO, Universität Freiburg

**Berufstätigkeit:** 1976 Landwirtschaftliches Praktikum in Deutschland  
1978–1982 Techn. Mitarbeiter bei der Zentralstelle für Gemüsebau  
1985–1997 Mitarbeiter, später Vizedirektor und ab 1991 Direktor des Verbandes schweiz. Gemüseproduzenten  
seit 1998 Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbandes, Leiter des Departementes Pflanzenbau und Umwelt

**Politik:** seit 1995 Mitglied der Agrarpolitischen Kommission der FDP  
seit 2002 Freiburger FDP-Grossrat

**Sprachen:** Französisch, Muttersprache  
Deutsch, sehr gute Kenntnisse  
Englisch, Schulkenntnisse

**Freizeit:** Radsport, Präsident der Union cycliste fribourgeoise, alpine Skitouren

SAMMLUNG 2002

Das Alter hat viele Gesichter

PRO  
SENECTUTE  
Für das Alter

### Termine

#### Einladung

**Donnerstag, 31. Oktober 2002, ab 19.30 Uhr**

Restaurant Schmiedstube, 1. Stock, Schmiedenplatz 5, neben dem Kornhaus in Bern

19.30 Uhr Apéro  
20.00 Uhr Referat zu Thema



#### Nationalrat Gerold Bührer

Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz

## Zukunft Schweiz – Freisinnige Positionen

Wir freuen uns, Sie zahlreich zu unserem Anlass begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

FDP-Vereinigung  
Öffentlicher Dienst  
Der Präsident:  
Michael Burkard

FDP Stadt Bern  
Sektion Obstberg / Untere Stadt  
Die Präsidentin:  
Ursula Weber-Hochstrasser

## Expo.02 – Versuch einer Bilanz

### Martin Heller – 30 Tage vor Expo-Abschluss

Der Club Radical veranstaltete in der zweiten Woche der Herbstsession einen Anlass mit dem künstlerischen Direktor der Expo.02, Martin Heller. Die Appenzeller Nationalrätin Dorle Vallender entpuppte sich als gewiegte und sachkundige Moderatorin und machte es den Club-Besuchern leicht, knifflige

Fragen zur Expo und zur Person Hellers zu stellen. Einleuchtend wusste Heller darzustellen, wo zum Beispiel der Unterschied liegt zwischen einer Winterolympiade, die alle vier Jahre stattfindet und einen fixen Zeitplan über 10 Tage hat, und einer Expo, welche letztmals vor 38 Jahren durchgeführt wurde. Al-

lein dieser Vergleich lässt diesen oder jenen Expo-Kritiker leiser werden. ■



NR Dorle Vallender fühlte Martin Heller gekonnt auf den Zahn.

Bild: rus

## Für einen nationalen Konsens

### Neugestaltung von Finanzausgleich und Aufgaben im Bund (NFA)

In der dritten Sessionswoche packt der Ständerat eine tiefgreifende Föderalismusreform an.

Von Ständerat Thomas Pfisterer, Aargau



Thomas Pfisterer

Die Ständeratskommission hat das von Bund und Kantonen unter der souveränen Leitung von Bundespräsident Kaspar Villiger partnerschaftlich vorbereitete Projekt grundsätzlich gutgeheissen, sich aber darum bemüht, die Basis für einen nationalen politischen Konsens zu verbreitern. Das hat zu Verbesserungen geführt; immerhin bleiben einige Anliegen offen. Die beantragte Aufgabenentflechtung ist positiv, geht aber zu wenig weit. Klargestellt werden soll namentlich das Engagement des Bundes für den Agglomerationsverkehr sowie die nötigen sozialpolitischen Randbedingungen für die kantonale Aufgabenübernahme. Der Aus-

gleich der Finanzen dürfte gesamthaft akzeptabel ausfallen. Die Pflicht zur interkantonalen Zusammenarbeit und zum Lastenausgleich ist politischer und damit realistischer geworden und vorab demokratisch besser abgesichert. Die zahlenmässigen Folgen sind nach wie vor unsicher, dürfen aber nicht dramatisiert werden. Der Härteausgleich bleibt ein politisches Opfer, das aber wenigstens langfristig begrenzt werden soll. Das Gesamturteil muss berücksichtigen, dass das bisherige System gesamthaft wenig taugt und die Alternativen zur NFA eine Gebietsreform (Kantonsfusionen z. B.) oder vorab eine materielle Steuerharmonisierung bedeuten. Dann wären eine eigenständige kantonale Finanzpolitik, ja der Föderalismus insgesamt gefährdet. Wichtig ist letztlich, wie das Projekt weiterentwickelt wird, und entscheidend, ob sich die Politik in Bund und Kantonen zusammenrauft, die Chancen der NFA auszuschöpfen. Dazu gehört die demokratische Veranke-

rung in Bund und Kantonen.

#### Sinnvolle neue Rollenteilung – akzeptable Verteilung der Aufgaben und Finanzen

Zwischen Bund und Kantonen wurden und werden die Karten neu gemischt, im öffentlichen Verkehr u. a. Einzelbereichen sowie allgemein mit der neuen Bundesverfassung: Schwergewichtig im Projekt der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben soll ein neues Modell der Rollenteilung zwischen Bund und Kantonen entstehen. Stichworte der Föderalismusreform sind Konzentration auf eine möglichst effiziente Aufgabenerfüllung und auf Zusammenarbeit: Primär muss jede Ebene ihre Aufgaben selber lösen sowie sekundär mit Nachbarn zusammenarbeiten. Gegebenenfalls sind Verbundsysteme zwischen Bund und Kantonen aufzubauen, und wenn, dann mit möglicher Beschränkung des Bundes auf Leistungsaufträge und Handlungsfreiheit der Kantone. Das hauptsächliche Ziel der NFA ist es, die Kantone für diese neue Rolle handlungsfähig zu machen. Sie sollen dazu Kompetenzen und finanzielle Mittel erhalten. Die vorgeschlagene Entflechtung soll Aufgaben entweder dem Bund oder den Kantonen zuweisen oder diese in möglichst klarer Rollenteilung zu Verbundaufgaben machen. Die Auf-

gabenentflechtung ist namentlich gegen Befürchtungen abgesichert worden, so, die Kantone würden im Sozialbereich, d. h. der Förderung und Eingliederung Invalider in Werkstätten, Heimen usw. sowie Spitex, abbauen oder der Bund seine Mittel für den Agglomerationsverkehr auf die Grosstädte konzentrieren und die Mittel- und Kleinzentren übergehen. Finanziell zentral ist, dass der Bund möglichst nicht mehr Einzelobjekte nach deren Aufwand subventioniert, sondern die Kantone freie Mittel zur eigenen Gestaltung erhalten. Die Kommission will zudem den Bund ermächtigen, mehr Mittel für den Finanzausgleich einzusetzen, d. h. dazu den Kantonsanteil an der Bundessteuer auf 15% zu senken. Der Finanzausgleich ist in allen drei Dimensionen des Ressourcen-, des Lastenausgleichs durch den Bund und durch die Kantone präzisiert worden. Ergänzt hat die Kommission den Ressourcenausgleich, indem die Leistungspflicht der ressourcenstarken Kantone von Verfassungen wegen höchstens derjenigen des Bundes betragen soll. Die Mittel seien progressiv und ohne Veränderung der Rangfolge zu verteilen. Beim Ausgleich der Sonderlasten soll der Bund an der Dreiteilung des Landes

festhalten: Berg- sowie Stadtgebiete und der Rest, der sich selber zu arrangieren hat. Immerhin sind gewisse Zuteilungskriterien sachbezogen präzisiert und ist entschieden worden, je einen gesonderten Grundbeitrag («Topf») zu bilden.

#### Modifizierte Inpflichtnahme

Das Projekt will Bund und Kantone anhalten, das Zusammenarbeitspotenzial auszuschöpfen. Dazu schlägt es Grundsätze für die Zuweisung und Erfüllung der (künftigen) Aufgaben vor und ermächtigt den Bund, die Kantone in einzelnen Aufgabenbereichen zur Zusammenarbeit zu verpflichten. Die Ständeratskommission hat, 1., die Regelung der interkantonalen Zusammenarbeit weithin auf die Pflichtaufgaben beschränkt und die einschlägigen Grundsätze gemildert (blosse «Soll-Vorschriften») und damit politi-

« Schwergewichtig im Projekt der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben soll ein neues Modell der Rollenteilung zwischen Bund und Kantonen entstehen. »

siert. Sie hat, 2., den Entscheid zur Inpflichtnahme auf die Verfassungsebene gehoben und ebenfalls politisiert, d. h. der öffentlichen Auseinandersetzung ausgesetzt: Zuständig soll

Anzeige

**IN BESTEN HÄNDEN**  
ist Ihre Liegenschaft bei unseren professionellen, erfolgsorientierten Verkäufern. Verlangen Sie eine unverbindliche Offerte.



**WALDE & PARTNER**  
IMMOBILIEN  
FÜR PRIVATE UND ANLEGER  
8702 ZOLLIKON www.walde.ch  
TEL 01 396 60 60 FAX 01 396 60 96

## « Zusammenarbeit und Lastenausgleich – keine steuerähnliche Beitragspflicht und ein begrenzter Härteausgleich. »

die Bundesversammlung, nicht der Bundesrat (mit der Verwaltung) allein sein; die Pflichtaufgaben sollen die Verfassung bestimmen. Zudem darf, 3., die interkantonale Zusammenarbeit nicht zu einer selbstständigen «vierten Ebene» zwischen Bund und Kantonen sowie Gemeinden werden. Darum binden die Kommissionsanträge die interkantonale Rechtsetzung zurück. Sie verlangen auch, die Kantonsparlamente einzubeziehen. Zentral ist für die interkantonale Zusammenarbeit das neue gesetzliche Ausgleichsprinzip: Selbstverständlich muss jeder Kanton die Leistungen bezahlen, die er von anderen bezieht. Zusammenarbeit bedeutet aber nicht, dass der eine Kanton befiehlt und den anderen einfach Rechnungen für ein Kulturinstitut, den Verkehrsanschluss, Kehrichtbeseitigungs- oder Heimleistungen usw. verschickt. Im künftigen Zusammenarbeitsmodell geht es nicht nur um Geld, sondern darum, eine Aufgabe partnerschaftlich, gemeinsam besser, billiger und bürger-nah zu erfüllen, so dass beide, so dass alle daraus gewinnen («win-win-Lösung»). Nach der Vorstellung der Ständeratskommission dürfen bei solchen Verhältnissen alle mitsprechen und mitwirken; sie beteiligen sich nach Massgabe ihrer Benutzung sowie der Vor- und

Nachteile des «Standorts», d.h. aus der gemeinsamen Aufgabenerfüllung. Sie suchen einen fairen Ausgleich. Das Ausgleichsprinzip soll auch die Bundesbehörden leiten, wenn sie mitgestalten, vorab, wenn sie die Kantone in Pflicht nehmen. Schliesslich haben sich Bundesrat und Kantonsregierungen ganz am Schluss der Projektarbeiten, im Frühjahr/Sommer letzten Jahres entschlossen müssen, einen sogenannten Härteausgleich zu beantragen. Er soll den Übergang vom heutigen zum neuen Finanzausgleichssystem abfedern. Er ist eine sachlich wenig begründbare, aber politisch notwendige Massnahme, um den ehemals zahlreichen Kantonen die Zustimmung zu ermöglichen, die sonst zu Verlierern geworden wären. Der rein politische, zufällige Charakter zeigt sich darin, dass bei der Anrechnung die Lasten aus der Zusammenarbeit nicht einbezogen werden. Immerhin wird der blosser Übergangscharakter mit dem Antrag unterstrichen, den Härteausgleich langfristig abzubauen; er ist auf vier Jahre begrenzt und nimmt nachher jährlich um 5% ab.

### Ein langfristiges, politisches Projekt der Föderalismusreform

Hinter uns ist ein Jahrzehnt intensiver Projektarbeit. Trotzdem ist der Reformprozess noch lange nicht am Ziel. Dieses etappenweise Vorgehen erschwert die politische Auseinandersetzung; es muss

entschieden werden, obwohl die Fragen nicht im üblichen Mass auf dem Tisch liegen. Zur Debatte steht heute eine erste Runde von Grundlagen in Bundesverfassung und Finanzausgleichsgesetz sowie in den verfassungsrechtlichen Aufgabenbestimmungen. Eine zweite Phase mit den Spezialgesetzen und den Folgen für die einzelnen Sachbereiche kommt später. Ebenso ist nachträglich auszumachen, wie die «Töpfe» zu dotieren sind. Dann sind die Verträge zwischen Bund und Kantonen sowie hauptsächlich zwischen diesen auszuhandeln; hier werden je Parlament und Volk zum Zuge kommen. Alle vier Jahre ist das Projekt von Gesetzes wegen auf seine Wirksamkeit zu überprüfen und eventuell anzupassen. Offen ist ferner, was in der Verfassung und was in Gesetz oder Verordnung zu entscheiden ist. Die Kommission will die Belastungsgrenzen für die ressourcenstarken Kantone sowie die Eckpfeiler der Inpflichtnahme zu Zusammenarbeit und Lastenausgleich auf Verfassungsebene anheben. Es fragt sich, ob dies nicht ebenso für das Ausgleichsprinzip und die Minimalausstattung für die ressourcenschwachen Kantone zu gelten habe. Ebenso ist erneut zu prüfen, ob die Kriterien für die Ausgleichsgefässe vermehrt ins Gesetz gehören. Sie betreffen (verfassungsrechtlich) «wichtige» Probleme. In diesen Fragen zeigt sich, wie sich das Schwergewicht des Gehalts gewandelt hat. Vor allem Bundespräsident Villiger betont, dass im Pro-

jekttablauf die finanziellen Gesichtspunkte mehr und mehr durch politische Aspekte der Aufgabenverteilung und -erfüllung sowie des Handlungsspielraumes und der Zusammenarbeit ergänzt worden sind. Es geht nicht nur ums Geld, sondern um eine Föderalismusreform und Demokratiefragen.

### Chancen nutzen...

Naturgemäss beurteilen viele das Projekt nach den bundesrätlichen Zahlen zur Globalbilanz. Deren Zahlen beruhen aber auf Angaben aus den neunziger Jahren und einer unsicheren Verwaltungsumfrage von 1996/1997. Die Differenzen betragen teilweise wenige Mio. Fr.; sie bewegen sich gemessen am kantonalen Budget im Prozent-

bereich. Besser vergleicht eine Gesamtbeurteilung das Projekt mit der heutigen, unbestrittenermassen finanziell und politisch schlechten Ausgleichsordnung. Das Projekt NFA ist auf die heutige Problemsituation kantonsübergreifenden Lebens und staatlicher Überforderung ausgerichtet. Es will ermöglichen, dass sich der Bund auf das Wesentliche konzentriert und dass sich die Kantone eigenständig, kooperativ und in Wettbewerb entfalten. Es bringt mehr politische Handlungsspielräume, d.h. mehr Potenzial für Effizienzsteigerungen und Zusammenarbeit sowie mehr nicht zweckgebundene Mittel. Es liegt an Bund und Kantonen, diese Chancen auszuschöpfen. ■

Anzeige



## Klinik Landhaus

### Aadorf

Fachklinik für Psychotherapie

#### Begleitung aus der Krise

Bei Depressionen, Burn Out, Erschöpfungszuständen, Ängsten, leichten Suchterkrankungen oder auch leichteren Formen von Psychosen begleiten Sie unsere ausgebildeten PsychotherapeutInnen aus der Krise. Nutzen Sie diese fachliche Begleitung in einer unterstützenden und vertrauensvoll-heilenden Atmosphäre.

Die Sinnfindung im christlichen Glauben wird, falls gewünscht, angeboten.

Unsere Leistungen sind Krankenkassen anerkannt – ganze CH – privat, halbprivat und allgemein. Einweisungszeugnis des Hausarztes genügt.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Rufen Sie uns doch einfach an.

**Dr. med. Hans König, Chefarzt,**

Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH,  
Postfach, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88,  
Fax 052 368 88 99, [www.klinik-landhaus.ch](http://www.klinik-landhaus.ch)  
e-mail: [landhaus@klinik-landhaus.ch](mailto:landhaus@klinik-landhaus.ch)

## Klare Ausgangslage für Verantwortliche

### Keine Wiederkandidatur von Ständerat Toni Dettling, Schwyz

Mehr als ein Jahr vor den Wahlen 2003 hat der Schwyzer Ständerat Toni Dettling klar gemacht, dass er auf eine neuerliche Wahl im Jahre 2003 verzichtet. Nachstehende Gründe haben zu diesem Entschluss geführt. Mit diesem frühen, beispielhaften Entscheid hat Dettling auch den Parteiverantwortlichen gedient. Sie haben jetzt für die SR- und NR-Wahlen die nötige Zeit, die Wahlen so vorzubereiten, dass der Sitz gehalten werden kann.

Von Ständerat Toni Dettling,  
Schwyz

Im kommenden Jahr werde ich sechzigjährig – Anlass, um sich Gedanken über die Zukunft zu machen. Dies habe ich in den vergangenen Sommerferien in Ruhe und mit einem gewissen Abstand zum Alltagsgeschäft getan. Dabei bin ich zum Schluss gekommen, im Oktober 2003 auf eine Wiederkandidatur zu verzichten.

– Im kommenden Jahr werde ich mehr als 30 Jahre aktiv in der Politik tätig sein, wovon die letzten 12 Jahre im Bundesparlament als National- bzw. Ständerat. Die Politik steht im Mittelpunkt meines Lebens und bestimmt weitgehend meine Agenda. Im Zentrum des politischen

Geschehens und Entscheidens mitzuwirken, erlebe ich immer wieder als sehr interessant und lehrreich. Dennoch möchte ich nach diesen vielen Jahren die Gewichte noch einmal verschieben. Es geht mir darum, meine vielfältigen Erfahrungen und Verbindungen in meinen angestammten Beruf als Anwalt und Berater einzubringen und vor allem auch mehr Zeit für meine Familie und für mich selber zu finden.

– Demokratie lebt zwar von Beharrlichkeit, Ausdauer und Kontinuität. Andererseits braucht die Politik aber auch immer wieder neue Köpfe. Das Prinzip der Rotation ist gerade in der Demokratie unerlässlich. Die FDP des Kantons Schwyz verfügt über junge, qualifizierte Kräfte, die bestens auf solche Ämter vorbereitet sind, wenn sie denn einmal die Chance haben. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Bahn freigeben und diesen Kräften nicht im Wege



Toni Dettling

stehen. Schliesslich durfte auch ich in verschiedenen Phasen meiner politischen Laufbahn von dieser demokratischen Einsicht meiner jeweiligen Amtsvorgänger profitieren. Nach meiner Überzeugung ist der Stabwechsel an die jüngere Generation jetzt angesagt. Ich habe stets mit offenen Karten gespielt und will daher meinen Verzicht auf die Kandidatur frühzeitig bekannt geben.

– Das Mandat eines eidgenössischen Parlamentariers ist ein kräftezehrendes Amt. Nicht

umsonst ist das politische Mandat ein Amt auf Zeit, in der voller Einsatz und Kraft gefordert sind. Dies habe ich immer so aufgefasst und möchte daher meine politische Laufbahn im Herbst 2003 auch so beenden. Ich werde bis zum Ablauf der Amtszeit selbstverständlich meine ganze Kraft in den Dienst der Politik stellen.

Schliesslich möchte ich allen danken, die mich in meiner politischen Arbeit

« Die Politik steht im Mittelpunkt meines Lebens und bestimmt weitgehend meine Agenda. »

unterstützt und mir in den zahlreichen Wahlgängen immer wieder das Vertrauen geschenkt haben. ■

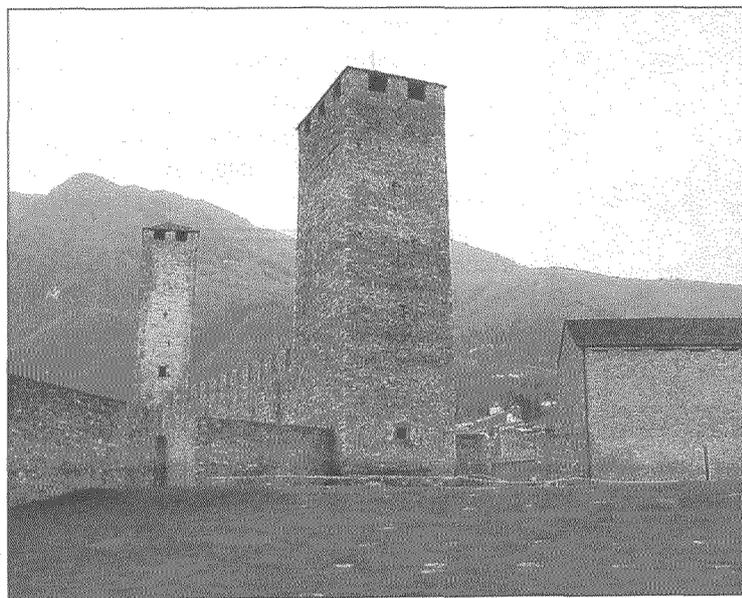
« Demokratie lebt zwar von Beharrlichkeit, Ausdauer und Kontinuität. Andererseits braucht die Politik aber auch immer wieder neue Köpfe. Das Prinzip der Rotation ist gerade in der Demokratie unerlässlich. »



Termine

# Einladung zur a. o. Delegiertenversammlung

Samstag, 19. Oktober 2002  
Espo, Bellinzona, Via Cattori 3



**Freitag, 18. Oktober 2002**

**Vorprogramm im Castelgrande**

- 11.00 Sekretärenkonferenz
- 13.45 Geschäftsleitungssitzung
- 16.00 Präsidentenkonferenz
- 19.00 Point de presse (im Teatro sociale) mit Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz. Moderator: Corrado Barengo, TSI
- 20.00 Abendessen im Castelgrande (Kosten von Fr. 60.– zulasten der Teilnehmer, Getränke sind gesponsert)

**Samstag, 19. Oktober 2002**

- 10.30 Musikalischer Auftakt
- 10.35 Begrüssung durch Staatsrat Gabriele Gendotti
- 10.40 Ansprache von Nationalrat Gerold Bührer, Präsident FDP Schweiz
- 11.00 Ansprache von Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher Eidg. Volkswirtschaftsdepartement
- 11.30 Wachstumspapier der FDP
  - Präsentation NR Johann Schneider (BE)
  - Kurzpräsentationen

- Heidi Lang, Grossrätin (LU), Geschäftsfrau
- Ruedi Noser, Kantonsrat (ZH), Unternehmer
- Benedetto Bonaglia, Unternehmer
- Anträge und Verabschiedung

Das Wachstumspapier finden Sie unter: [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) – Positionen – Positionspapiere. Das Papier kann auch beim GS FDP bestellt werden.

- 12.45 Revision Arbeitslosenversicherungsgesetz
  - Podium
    - Moderator: Luca Hoderas, Corriere del Ticino
    - Pro: NR Fulvio Pelli (TI)
    - Contra: Renzo Ambrosetti, Präsident SMUV
  - Diskussion und Parolenfassung
- 13.45 Schluss der Delegiertenversammlung  
Apéritif offeriert durch Staatsrat des Kantons Tessin

**Anträge zum Wachstumspapier bitte bis zum 7. Oktober 2002 an das GS FDP, zuhanden Andreas Müller**

Entsprechende Artikel finden Sie auf den Seiten 12, 13 und 14.

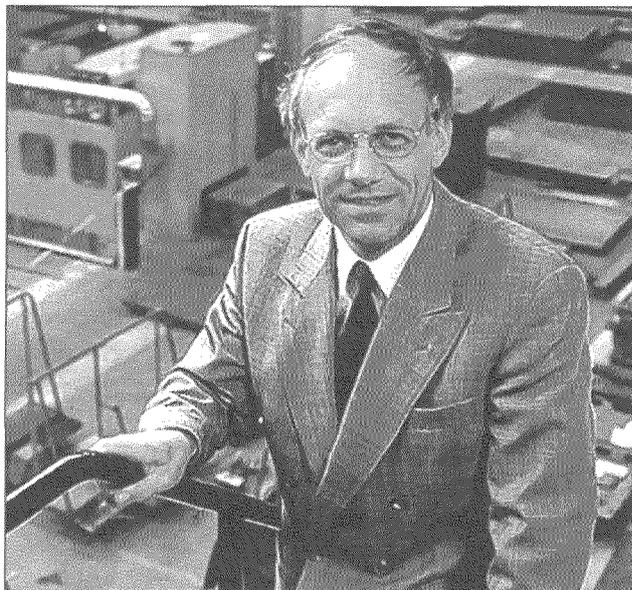
Bahnhof SBB Bellinzona–Espo: 10 Minuten Fussdistanz.  
Ein Kleinbus steht ab Bahnhof Bellinzona zur Verfügung.

## Ein Haus des Wohlstands bauen

### Wachstum nützt allen

**Wir haben in der vergangenen Sommersession einen Erfolg verbuchen können: Gegen die Stimmen der SP nahm der Nationalrat unsere Fraktionsmotion, Vorspann unseres FDP-Wachstumsprogramms, an.**

Von Nationalrat Johann Schneider-Ammann, FDP BE



Johann Schneider

Darin hat die FDP den Gesamtbundesrat zu einem eigentlichen Philosophiewechsel aufgefordert. *Der Gesamtbundesrat und nicht etwa das Wirtschaftsdepartement allein soll im Rahmen einer Marktwirtschaft mit sozialer Verpflichtung ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ins Zentrum seiner Politik stellen.*

Wir wollten insbesondere, dass eine solide Wachstumspolitik von allen Departementen unterstützt wird. Denn auch eine Sozialministerin oder ein Verteidigungsminister kann wachstumshemmende oder wachstumsfördernde Entscheide fällen. Insbesondere forderten wir den Bundesrat auf, im Rahmen der Präsentation der Jahresziele regelmässig konkrete Massnahmen vorzustellen, die er für die Umsetzung der Strategie für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ergreifen gedenkt, und gleichzeitig im Rahmen der Präsentation der Jahresziele, im Sinne eines Nachweises, zu berichten, wel-

che Massnahmen in der abgelaufenen Periode zur Verringerung bzw. Beseitigung von Wachstumshindernissen ergriffen worden sind. Dies zwingt zu einer Wachstumspolitik als ständig neues Erfordernis.

#### Das Wachstumsprogramm der FDP

Was wir vom Gesamtbundesrat forderten, wollen wir als Partei selbst einlösen. Sie haben vor sich das «Wachstumsprogramm» der FDP mit diesem neuartigen Ansatz. Es geht in diesem Papier nicht um den Stellenwert des Wachstums innerhalb der traditionellen Wirtschaftspolitik im engeren Sinne, sondern neu um eine ganzheitliche Wachstumspolitik, die fast sämtliche politischen Themenbereiche einschliesst. So tra-

gen zum Erhalt des Arbeitsvolumens, insbesondere der Erwerbstätigenzahl, vor allem Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Migrationspolitik bei. Zur Steigerung der entscheidenden Arbeitsproduktivität tragen Wettbewerb, mehr Freiraum, Bildungs-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik in wesentlichem Masse bei.

« Der Gesamtbundesrat und nicht etwa das Wirtschaftsdepartement allein soll im Rahmen einer Marktwirtschaft mit sozialer Verpflichtung ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ins Zentrum seiner Politik stellen. »

Wir haben dieses Wachstumsprogramm seit einigen Monaten intern diskutiert und an einer Fachta-

gung im Juni dieses Jahres mit internen und externen Spezialisten erörtert, um die Politikbereiche und Bausteine zu eruieren, die zu mehr Wachstum beitragen können.

#### Wachstumspolitik als Verfassungsauftrag

Gemäss Artikel 2 Absatz 2 der Bundesverfassung sind die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, der innere Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes zu fördern. Neben dem ökologischen, gesellschaftspolitischen und kulturellen Aspekt kommt somit vor allem auch der wirtschaftlichen Entwicklung eine entsprechende Bedeutung als Staatsziel zu. Ein gesundes, nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördert nicht nur den materiellen Wohlstand der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes, es eröffnet auch allen zusätzliche Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung. So bieten

wachsende Volkswirtschaften unter anderem ein stabiles und interessantes Arbeitsumfeld, sorgen mit ihren Investitionen für eine gesicherte Zukunft und eröffnen Bildung und Forschung ein breites Feld.

Die FDP will daher die Entfaltungsmöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes über eine gesunde Wirtschaftsent-

wicklung fördern. Auf diese Weise wird zusätzliche Kaufkraft und somit Wohlstand für alle geschaffen. Wenn die Handlungsspielräume, die Eigenverantwortlichkeit, also auch die Eigeninitiative unserer Unternehmen – insbesondere der KMU – nicht durch staatliche Hindernisse unterbunden werden, kann ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum erreicht werden.

#### Mehr Wachstum

Wir wollen insbesondere mehr Wachstum, weil mehr Wachstum mehr Beschäftigung bedeutet und damit die Arbeitslosigkeit sinkt. Wir wollen mehr Wachstum, weil es zu mehr Steuereinnahmen führt. Bessere Jahresabschlüsse der öffentlichen Haushalte machen die Schuldentilgung und gezielte Steuerensenkungen möglich. Wir wollen mehr Wachstum, weil mehr Wachstum höhere Erträge für die Unternehmen und die Privaten ermöglicht. Diese begünstigen die Selbstfinanzierung von Investitionen und vor allem von risikoreichen Innovationen. Wir wollen also mehr Wachstum, weil Wachstum für einen hohen und wachsenden Lebensstandard in allen Bevölkerungskreisen unverzichtbar ist.

#### Chancengesellschaft

Wachstumspolitik ist kein Selbstzweck. Hintergrund dieser Wachstumspolitik ist für uns das Leitbild der Chancengesellschaft.

« Mehr Mut zum Freiraum, zu weniger Aktivismus, zu mehr Wettbewerb und damit zur Eröffnung von Chancen für alle schaffen das Klima für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. »

Im Konzept der Chancengesellschaft steht das Erfassen und Nutzen von Chancen als politisches Gestaltungsprinzip im Vordergrund. Die freiheitliche Chancengesellschaft geht von der Selbstverantwortung und Selbständigkeit der Bürgerinnen und Bürger aus. Sie bejaht ein hohes Mass an Individualität, Vielfalt und Flexibilität. Als Sichtweise dient das liberale Menschenbild: Die Chancengesellschaft braucht den kreativen, mitdenkenden, teamfähigen und verantwortlich handelnden Menschen. Chancengesellschaft heisst auch, dass der Staat nicht immer mehr Lebensbereiche reglementiert und damit einschränkt. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht in ihrer Entfaltung gehemmt werden. Mehr Mut zum Freiraum, zu weniger Aktivismus, zu mehr Wettbewerb und damit zur Eröffnung von Chancen für alle schaffen das Klima für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

## Neue Herausforderungen

Die Erarbeitung unseres letzten, noch gültigen wirtschaftspolitischen Positionspapiers liegt mittlerweile schon sieben Jahren zurück. Dazwischen liegen viele akzentuierte Entwicklungen in der Wirtschaftswelt; Stichworte wären un-

ter anderem Internet, Globalisierung, Börsensturz oder Rezession.

Es war und ist an der Zeit, dass wir die neuen Herausforderungen erkennen und darauf antworten,

also aus heutiger Sicht die wirtschaftspolitischen Leitplanken definieren.

Wir haben drei grosse Herausforderungen identifiziert, denen wir uns stellen müssen und wollen.

### Wachstumsschwäche

Das ist in erster Linie die nachweisbare Wachstumsschwäche, die die Schweiz seit über einem Jahrzehnt gerade auch im OECD-Vergleich ganz offensichtlich hat. Wenn wir mehr Wachstum hätten, wären viele unserer heutigen Probleme um einiges kleiner. Ich habe eben in der Einleitung die vielen Gründe erläutert, warum wir Wachstum brauchen, und Sie sehen an den Zielen und Bausteinen, wie wir dies erreichen wollen. Meines Erachtens sind wir die einzige Partei, die so klar eine solche umfassende Wachstumspolitik formuliert. Wir wollen Schnellschüsse mit kurzfristigen Konjunkturprogrammen verhindern, so, wie es die Linke will. Wir stehen aber auch eindeutig zu mehr Wettbewerb, insbesondere zu einem griffigeren Kartellgesetz. Da hat die SVP Mühe. Auch

kann man nicht ausschliesslich mit der administrativen Entlastung für KMU Wachstumspolitik betreiben, so, wie es die CVP macht.

### Demographische Entwicklung

Die zweite Herausforderung ist die uns bevorstehende demographische Entwicklung. Diese weiterhin noch immer unterschätzte Entwicklung wird weitreichende Konsequenzen haben, nicht nur auf die Sozialversicherungen, sondern auch auf den Arbeitsmarkt. Auch hier fördert die Linke mit dem permanenten Streben nach Sozialausbau eben gerade die «soziale

« Wir sind der Meinung, dass wir zurückfinden müssen zum Grundprinzip, dass zur Freiheit – auch zur unternehmerischen Freiheit – die Verantwortung gehört. »

Unsicherheit» der Zukunft oder provoziert letztlich gar den «sozialen Kollaps». Die SVP hingegen will hier einerseits eine 18%-Ausländerquote, aber gleichzeitig nichts für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben tun. Dies führt geradezu zu einer «demographischen Sackgasse», zu einer Verschärfung der Probleme. Die FDP-Antwort dagegen ist die Umsetzung der Prinzipien der Chancengesellschaft. Familien sollen sowohl im Berufsleben stehen als auch Kinder haben können, und auch Senioren

sollen ermutigt werden, sofern sie das wünschen, neben dem Ruhestand einen Nebenverdienst auszuüben.

### Vertrauen

Drittens gehört hierzu die Frage nach dem Vertrauen. Dieses hat ganz offensichtlich gerade in letzter Zeit gelitten. Ohne Vertrauen wird aber die Basis der sozialen Marktwirtschaft zerstört. Der «Vertrauenspakt für mehr Wachstum» ist die freisinnige Antwort darauf. Wir sind der Meinung, dass wir zurückfinden müssen zum Grundprinzip, dass zur Freiheit – auch zur unternehmerischen Freiheit – die Verantwortung gehört. Für mehr Wachstum braucht es einen Vertrauenspakt, der auf dieser Untrennbarkeit von Freiheit und Verantwortung beruht. Der Staat, also letztlich der Bürger, muss Freiheit gewähren. Die Bürger wiederum dürfen erwarten, dass die entsprechende Verantwortung wahrgenommen wird. Wir haben im Vertrauenspakt, in den entsprechenden zehn Politikbereichen, immer dem Freiheitsteil einen entsprechenden Verantwortungsteil zugeordnet. Der falsche Weg wäre, so, wie es die Linke will, diese Verantwortung zu verstaatlichen; dies zerstört die persönliche Verantwortung eines jeden. Der falsche Weg ist aber auch, nur die Freiheit zu betonen, wie es etwa die Visionsfreunde von Martin Ebner machen; dies führt in eine Sack-

gasse, in die Vertrauenskrise.

### Fraktionsarbeit

Auf Grund dieser Herausforderungen haben wir die sieben Ziele identifiziert und eine ganze Anzahl Umsetzungsbausteine definiert. Sie finden dieses Wachstumspapier unter [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch).

Wir werden die Umsetzungsbausteine, nach der Verabschiedung an der DV im Oktober, u. a. durch parlamentarische Vorstösse Wirklichkeit werden lassen. In dieser Hinsicht haben wir in der Sommersession mit der erwähnten Grundsatz-Wachstumsmotion, die wir erfolgreich durch den Erstrat gebracht haben, einen ersten Pflock eingeschlagen. Es ist entscheidend, dass wir, wenn dieses Papier nicht Papier bleiben soll, die Umsetzung dieses Programms in der Fraktion kontinuierlich aktiv begleiten. An den Umsetzungsbausteinen werden wir in den nächsten Wochen und Monaten feilen, um sie dann sukzessive mittels parlamentarischer Vorstösse zu konkretisieren.

Bausteine sind dazu da, ein Haus zu bauen. In unserem Falle geht es um ein Haus des Wohlstands für alle Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes. Bauen wir es. ■

« Wir haben im Vertrauenspakt, in den entsprechenden zehn Politikbereichen, immer dem Freiheitsteil einen entsprechenden Verantwortungsteil zugeordnet. »

## Vertrauenspakt für mehr Wachstum

### Auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft

Verschiedene Vorfälle, so namentlich Exzesse bei einzelnen Unternehmen, ungenügende Transparenz und mangelnde Überwachung haben die bewährte freiheitliche Wirtschaftsordnung in eine Glaubwürdigkeitskrise gestürzt. Die liberale Bürgerlichkeit und die Marktwirtschaft als Grundpfeiler des Erfolgsmodells Schweiz sind besonders herausgefordert.

Von Nationalrat Gerold Bührer, FDP SH, Präsident der FDP Schweiz

Das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft bildet seit Jahrzehnten das Fundament freisinniger Wirtschaftspolitik. Auf diesem Fundament von Freiheit und Verantwortung haben die Freisinnigen allen voran Voraussetzungen geschaffen für eine Schweiz mit Wachstum und hohem Wohlstand. Jahrzehnte des Wachstums haben unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit beschert. Millionen fleissige Hände und Köpfe auf allen Stufen haben eine Volkswirtschaft aufgebaut, die sich im internationalen Vergleich se-

hen lassen kann. Von zeitweiligen Einbrüchen abgesehen, hat die Schweiz wie kaum ein anderes Land das magische Wirtschaftsdreieck optimiert:

1. Wachstum und tiefe Arbeitslosigkeit
2. hohe Preisstabilität
3. aussenwirtschaftliche Überschüsse

Diese wirtschaftliche Erfolgsbilanz hat erst den hohen Grad an sozialer Sicherheit und Umweltqualität ermöglicht.

Vor allem in den neunziger Jahren hat sich allerdings im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten eine Wachstumsschwäche ergeben. Die zwischenzeitliche Erholung Ende der neunziger Jahre darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rückkehr zu ei-

nem nachhaltigen Wirtschaftswachstum mit Priorität angestrebt werden muss. Nur wenn wir diese Herausforderung meistern, können Wohlfahrt sowie sozialer, regionaler und ökologischer Ausgleich gewährleistet werden.

#### Entscheidende Weichenstellung

Wir stehen vor entscheidenden Weichenstellungen. Es stehen verschiedene wirtschaftspolitische Optionen offen:

1. Ein Nullwachstum, wie es lange Zeit die Linke praktizierte.
2. Eine kurzfristige, staatsinterventionistische Konjunkturpolitik.
3. Oder aber eine nachhaltige, die verschiedensten Bereiche umfassende Wachstumspolitik.

Die FDP will mit einer breit angelegten, konsistenten Wachstumspolitik auf dem Fundament der sozialen Marktwirtschaft diesen Weg zu erneuter wirtschaftlicher Dynamik ebnen. Der weltwirtschaftliche und demographische Wandel, der eingetretene Wettbewerbsstau sowie das angeschlagene Vertrauen machen eine umfassende Wachstumspolitik, getragen von einem «Vertrauenspakt», nötiger denn je. Grundlage des Vertrauenspaktes für Wachstum ist die Untrennbarkeit von Freiheit und Verantwortung.

Die FDP will die wachstumsstützenden Pfeiler auf

freiheitlicher Basis dauerhaft stärken. Hintergrund dieser Wachstumspolitik ist dabei eine freiheitliche, an Anreizen orientierte Chancengesellschaft. Weder die etatistische Bevormundung mit hohen Steuern und Verboten noch Marktabschottung zur Befriedigung gewisser Interessengruppen sind taugliche Rezepte. Nur Wettbewerb und Privateigentum im Rahmen rechtsstaatlicher Regelungen und ethischer Grundsätze vermögen den Weg nach vorn zu neuem Wachstum zu ebnen. Nur auf einer Grundlage von Treu und Glauben kann die Akzeptanz gegenüber der bewährten marktwirtschaftlichen Ordnung wieder gestärkt werden.

#### Sieben Ziele

Wachstum bedarf eines umfassenden Engagements zugunsten zentraler Politikbereiche.

Sieben Ziele stehen im Vordergrund unserer freisinnigen Wachstumspolitik:

1. Die Schaffung von mehr Wettbewerb nach innen und nach aussen. Die Schweiz soll wieder im OECD-Vergleich eine Spitzenstellung in Wohlstand und Wachstum einnehmen.
2. Die Staats- und Fiskalquote muss stabilisiert beziehungsweise abgebaut werden.
3. Die Schweiz gehört zu den führenden Nationen in Forschung, Bildung und Innovation.
4. Unser Land verfügt über eine Spitzenposi-

tion im «service au public» bezüglich Verfügbarkeit, Qualität und Preis.

5. Es ist ein langfristig finanzierbares Sozialversicherungssystem sicherzustellen.
6. Im Rahmen einer flexiblen Arbeitsmarktordnung sind im OECD-Vergleich die attraktivsten Zutrittsbedingungen zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Die hohe Erwerbstätigenquote soll erhalten bleiben.
7. Gewährleistung einer europaweit höchsten Sicherheit.

Aufbauend auf diesen sieben Zielen hat die FDP eine grosse Anzahl wachstumsfördernder Bausteine entwickelt. Mit diesem Wachstumsprogramm wollen wir den demographischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen der Zukunft Rechnung tragen. Unser Land soll auch im 21. Jahrhundert zu den führenden Wirtschaftsnationen zählen. Wir wollen mit unserer Wachstumspolitik die Bedingungen dafür schaffen, dass ein hohes Niveau an Wohlstand und ökologischer Qualität gesichert wird und breite Kreise der Bevölkerung Chancen nutzen können. Wachstum ist daher nicht Selbstzweck, sondern hat den Menschen zu dienen, ganz im Sinne Ludwig Erhards, des Begründers der sozialen Marktwirtschaft, der dazu ausführte: «Der Sinn von mehr Wohlstand wie ich ihn verstehe, ist der, dem Einzelnen reichere, bessere und freiere Lebensmöglichkeiten und damit überhaupt neue Perspektiven der Lebensführung zu eröffnen.»



Gerold Bührer macht immer wieder klar, dass der Chef des Volkswirtschafts-Departementes allein kein Haus des Wohlstandes bauen kann.

Bild: rus

## Termine

### Einladung

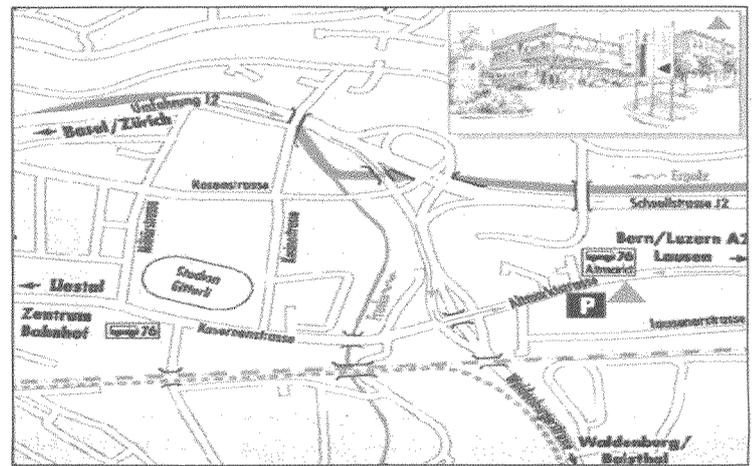
# Wachstum und Entwicklung dank Mobilität

## Fachtagung

**Samstag, 9. November 2002, 10.30 Uhr**

**Haus der Wirtschaft**

**Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal**



**Anmeldefrist:** Freitag, 8. November 2002

**Preis:** Fr. 30.- (Bezahlung am Eingang)

Mit freundlichen Grüssen

FDP Schweiz

Der Präsident: Gerold Bühler, Nationalrat

Der Generalsekretär: Guido Schommer

**Kontakt:**

Sébastien Leprat, FDP Schweiz, CP 6136, 3001 Bern

Tel. 031 320 35 19, Fax 031 320 35 00, E-Mail: leprat@prd.ch

- 10.00 Kaffee und Gipfeli
- 10.30 Begrüssung  
Duri Bezzola, Nationalrat (GR), Präsident  
Verkehrsausschuss FDP Schweiz
- 10.40 Wachstum und Entwicklung dank Mobilität  
Gerold Bühler, Nationalrat (SH), Parteipräsident

**Teil 1: Mobilität: Herausforderung mit internationaler Dimension**

- 10.50 Mobilität: Erfolgsfaktor für Wohlstand (Luft und Schifffahrt)  
Paul Kurrus, Nationalrat (BL)
- 11.00 Die Schweiz und die Verkehrsanbindung ans europäische Hochleistungsnetz  
Duri Bezzola, Nationalrat (GR)
- 11.10 Diskussion mit Teilnehmern  
Moderator: D. Bezzola

**Pause (10 Minuten)**

**Teil 2: Alpenquerender Verkehr: Sind wir in einer Sackgasse?**

- 11.50 Strassenverkehr/Schienenverkehr: Sterile Grabenkämpfe?  
Fulvio Pelli, Nationalrat (TI)
- 12.00 Protokolle der Alpenkonvention: Eine diskriminierende Sicht der Mobilität?  
Martin Lendi, em. Professor von Rechtswissenschaft

**Teil 3: Flüssiger Agglomerationsverkehr ist im Interesse der Wirtschaft**

- 12.10 Mobilität in der Agglomeration: Eine wichtige Aufgabe!  
Peter Scheidegger, ehemaliger Direktor von Regionalverkehr Bern-Solothurn (RBS)
- 12.20 Diskussion mit Teilnehmern  
Moderator: D. Bezzola
- 12.50 Resolution, nächste Schritte  
Duri Bezzola
- 13.00 Lunch

## Wir bleiben dran!

### Giovanna de Ambroggi-Cabalzar zum Tessiner Schulmodell

In Pontresina aufgewachsen, hat Giovanna de Ambroggi, auf Grund ihrer Sprachkenntnisse, nicht nur einen lockeren Umgang mit Technikern und Kameraleuten von TV und Radio, sondern hat auch eine klare Meinung zum Tessiner Schulmodell. Die Presseverantwortliche der FDP-Frauen Schweiz für den «Freisinn», Andrea Trümpy, Glarus, befragte darum die Mutter einer Tochter zu den Auswirkungen des Tessiner Schulmodells.

*Was ist das Ziel des Tessiner Schulmodells?*

Die Integration aller Kinder ab dem dritten Lebensjahr ins Vorschulsystem in den Gemeinden.

*Wie empfanden Sie den Einfluss dieses Schulmodells auf das Sozialverhalten der Kinder in der Familie?*

Sehr positiv. Das soziale Zusammenleben mit anderen Kindern wird vom gemeinsamen Essen, Schlafen und Spielen sehr positiv beeinflusst. Jedes Kind hat eine wöchentliche Aufgabe wie am Tisch bedienen, aufräumen, auf die Jüngeren aufpassen.

*Wie ist der Einfluss auf die Schulleistungen?*

Durch das gemeinsame Lernen der Kinder zeigt es sich – unabhängig von den unterschiedlichen schulischen Leistungen –, dass sie sich gegenseitig besser respektieren.

*Was haben Sie als besonders positiv an diesem Schulmodell empfunden bezüglich Möglichkeiten*

*der Berufstätigkeit für Sie als Mutter?*

Es ist offensichtlich, dass eine Betreuung von 9 Uhr bis 16 Uhr für eine berufstätige Mutter von grosser Bedeutung ist, auch wenn das Modell noch verbessert werden kann.

*Weist dieses Modell auch Nachteile auf?*

Die Nachteile dieses Modells bestehen darin, dass eine grosse Diskrepanz zur Primarschule besteht hinsichtlich Mittagsbetreuung und Zeitplan.

*Wie hoch ist die finanzielle Belastung für die Familie, die Gemeinde usw.?*

Es kommt auf die Gemeinde an; die Unterschiede bestehen in den Mahlzeitgebühren (zwischen Fr. 0.– und Fr. 6.–) und im Schulmaterial. Die Gemeinde bezahlt die Lehrerinnen, evtl. Köchinnen, Hilfspersonal und die dazugehörigen Gebäude. ■



Giovanna de Ambroggi-Cabalzar aus Aldesago (TI) anlässlich der FDP-Delegiertenversammlung in Zug.

Bild: rus

## Lebenslauf

**Vorname:** Giovanna

**Name:** de Ambroggi-Cabalzar

**Geburtsdatum:** 22. Mai 1947

**Bürgerort:** Lumbrein (GR) und Onsernone (TI)

**Zivilstand:** verheiratet, eine Tochter

**Wohnsitz:** Via al Bosco 55, 6974 Aldesago

**Sprachen:** Romanisch, Italienisch und Deutsch (Muttersprachen)  
Französisch, Englisch  
Spanisch (Schulkenntnisse)

**Ausbildung:** Laborantin

**Berufliche Tätigkeit:** 1989–1992 Public Relations für die Zeitung «Gazzetta Ticinese»

**Politische Tätigkeiten:** seit 1993 Präsidentin der FDP-Frauen Tessin  
Mitglied im Kantons-, Bezirks- und Gemeindeausschuss Schweiz. FDP-Delegierte des Kantons Tessin  
seit 2001 Vizepräsidentin «Alpe Adria»-Frauengruppe  
1999–2000 Präsidentin des internationalen «Lyceum Club», Lugano  
1971 Beitritt zur FDP-Frauengruppe und zu den Jungfreisinnigen des Kantons Tessin

**Weitere Engagements:** während 5 Jahren zweimal wöchentlich unentgeltliche Betreuung behinderter Kinder

## Bischofszell: neue FDP-Bezirkspräsidentin

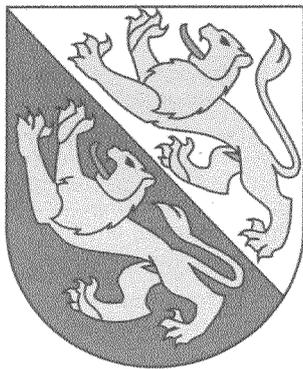
Frau Gemeindeammann Heidi Grau, seit 21. August 2002 im Amt

Heidi Grau, 1958, lebt seit 1993 zusammen mit ihrem Ehemann Peter in Zihlschlacht. Am 1. November 1993, nach einer zweijährigen Ausbildung zur Verwaltungsökonomin, trat sie in der damaligen Munizipalgemeinde Zihlschlacht die Stelle als Gemeinbeschreiberin und Steuersekretärin an.



Heidi Grau

Bruder in der schönen Äbtestadt Wil, wo sie auch ihre Treuhandausbildung absolviert hat. Mit der Politik und speziell mit der FDP ist sie zum ersten Mal während ihrer mehr als siebenjährigen Tätigkeit bei der Stadtverwaltung in Wil in Berührung gekommen. Schon 1992 hat sie als Freisinnige für einen Sitz



im Stadtparlament kandidiert und einen Achtungserfolg erzielt. Zu einem Einsitz im Parlament ist es jedoch nicht mehr gekommen, da sie die Stadt Wil auf Grund ihrer Wahl als

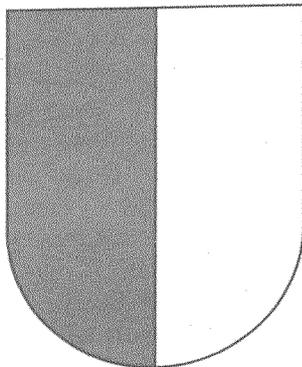
Gemeinbeschreiberin in Zihlschlacht per Ende 1993 verlassen hat. Als Gemeinbeschreiberin hat sie dann auch von einem Eintritt in die Ortspartei Bischofszell Abstand genom-

men. Ihre parteipolitischen Aktivitäten hat Heidi Grau erst nach ihrer Wahl zur Frau Gemeindeammann im Jahr 2001 wieder aufgenommen. ■



## Heidy Lang wurde FDP-Vizepräsidentin

Kantonsrätin aus Ermensee (LU) in der Parteispitze



Heidy Lang

Heidy Lang wurde 1962 geboren. Sie absolvierte nach den obligatorischen Schulen eine kaufmännische Ausbildung, machte

Aus- und Weiterbildungskurse und war dann u. a. mehrere Jahre als Anwältin und Direktionssekretärin tätig. Heute ist sie Ge-

schaftsfrau und führt gemeinsam mit ihrem Mann eine Heizungs- und Sanitärfirma in Ermensee. Politisch ist Heidy Lang seit 1995 im Grossen Rat des Kantons Luzern, präsidiert seit 1996 die Amts-

partei der FDP Amt Hochdorf und ist neu Vizepräsidentin der Kantonalpartei. Im Weiteren bekleidet sie mehrere Ämter und engagiert sich in diversen Vorständen. ■

Anzeige



Tel. 041 412 37 37  
Fax 041 410 43 53  
E-Mail restaurant@fondue-house.ch  
www.fondue-house.ch

**SPYCHER FONDUE-HOUSE**

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern ■ Switzerland

Mit zu ihren Aufgaben gehörte es unter anderem, die Gemeindereorganisation, wie von der Kantonsverfassung Thurgau gefordert, zusammen mit dem Gemeinderat und im Sinne der Bevölkerung durchzuführen.

Auf den Tag genau nach 7 Jahren im Dienst der Gemeindeverwaltung Zihlschlacht-Sitterdorf ist Heidi Grau von den Stimmberechtigten auf den 1. November 2000 zum Gemeindeammann gewählt worden. Als vierte Frau Gemeindeammann im Kanton Thurgau führt sie diese Aufgabe mit viel Engagement und Freude am Einsatz für die Bevölkerung aus.

Aufgewachsen ist Heidi Grau zusammen mit einem

## Webportal für FDP Schweiz

### Zukunftsorientierter Internet-Auftritt

Die FDP Schweiz setzt gemäss ihrer E-Strategie für ihren Internet-Auftritt ein zukunftsweisendes Webportal ein. Die von der Intersim AG in Burgdorf entwickelte Webportal-Software integriert die Internet-Auftritte aller Kantonal- und Ortsparteien als unabhängige Mandanten in einem System. Bemerkenswert ist die Möglichkeit der Mandanten, Inhalte untereinander auszutauschen.

Die FDP Schweiz verfolgt mit dem neuen Webportal das klare Ziel, die Webauftritte aller Kantonal- und Ortsparteien bezüglich Design und Inhalten aufeinander abzustimmen. Trotzdem soll jeder Partei grösstmögliche Freiheit und Flexibilität geboten werden. Bei der Evaluation hat sich die FDP Schweiz für die Webportal-Software der Firma Intersim AG in Burgdorf entschieden. Das Intersim-Webportal deckt die Bedürfnisse der FDP in idealer Weise ab.

Im Frühjahr hat die FDP Schweiz das ehrgeizige Projekt «FDP-Webportal» zusammen mit der Firma Intersim realisiert. In einer ersten Phase wurde ein Hauptdesign entworfen, aus dem dann mehrere Varianten abgeleitet wurden. Die Designs stehen nun den Kantonal- und Ortsparteien für ihre Webauftritte zur Auswahl. In der zweiten Phase erfolgten individuelle Anpassungen des Intersim-Webportals an die Anforderungen der FDP. Dazu gehörte beispielsweise

das Erstellen von Vorlagen zur Schnellerfassung von Pressemitteilungen. Und schliesslich wurden am 8. Juni 2002, drei Monate nach Projektstart, die ersten beiden Mandanten aufgeschaltet: die FDP Schweiz mit [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) und [www.prd.ch](http://www.prd.ch).

Im Zentrum des Webportals steht die Mandantenfähigkeit: Alle Internet-Auftritte sind dynamisch in das gleiche System eingebunden. Die Durchgängigkeit ist beeindruckend: Designs werden bei Bedarf in nur Minuten ausgewechselt. Inhalte können mit anderen Mandanten ausgetauscht werden. Die FDP Schweiz gibt beispielsweise ihre Medieninformationen für alle Kantonal- und Ortsparteien frei.

« Die FDP Schweiz verfolgt mit dem neuen Webportal das klare Ziel, die Webauftritte aller Kantonal- und Ortsparteien bezüglich Design und Inhalten aufeinander abzustimmen. »

Diese binden sie nach Wunsch in ihren Webauftritt ein. Die Pflege der Medienmitteilungen geschieht



Doris Wobmann, unsere «Projektverantwortliche Internet».

zentral bei der FDP Schweiz. Mit dieser Funktion erhöht sich die Zahl der potenziellen Leser drastisch.

Innerhalb weniger Tage hat die Kantonalpartei Thurgau als Vorreiter für andere Sektionen ihren Webauftritt auf die neue Plattform gebracht. Nach der Wahl des

Designs ging es Schlag auf Schlag: Die ganze Struktur und Navigation wurde online aufgebaut; anschliessend wurden die Inhalte mit Hilfe der verschiedenen Seitentypen (freigestaltete Seite, Linkseite, FAQ-Seite usw.) integriert. Eine integrierte Dokumentverwaltung erlaubt die ein-

fache Bereitstellung von Download-Dateien. Der Webauftritt der FDP des Kantons Thurgau kann unter [www.fdpthurgau.ch](http://www.fdpthurgau.ch) besucht werden. Auf die gleiche Weise werden in den nächsten Wochen und Monaten Dutzende neuer Kantonal- und Ortsparteien ihr Gesicht im Internet modernisieren.

Die FDP Schweiz hat sich für die Intersim AG als Partner entschieden, weil das Intersim-Webportal als Produkt überzeugte und genau auf die Bedürfnisse der FDP zugeschnitten ist. Zudem ist die Intersim bekannt für hohe Flexibilität,

mehrere Bereiche und deren Webauftritte auf einer gemeinsamen Plattform mit maximaler Flexibilität betreiben möchten.

#### Über Intersim AG

Die 1997 gegründete Intersim AG hat sich als Dienstleistungsunternehmen im Bereich webgestützter Applikationen etabliert. Die Intersim beschäftigt heute 9 Mitarbeiter. Mit Beratung, Projektmanagement, Realisierung und Hosting von Gesamtlösungen im Internet- und Intranetbereich versteht sich das Unternehmen als «All-in-One»-Partner für seine Kunden. Seit 2001 erfolgt eine vermehrte Fokussierung auf Unternehmensportale mit integriertem Content Management System. Eine weitere Spezialität sind die Zusammenführung heterogener Systeme und die Anbindung von ERP-Lösungen an Internet- und Intranetlösungen.

#### Kontakte

FDP Schweiz  
Doris Wobmann  
Generalsekretariat  
Neuengasse 20  
Postfach 6136  
3001 Bern  
Tel. 031 320 35 35  
[wobmann@fdp.ch](mailto:wobmann@fdp.ch)

Intersim AG  
Ivan Schwab-Germann  
Geschäftsleitung  
Kirchbergstrasse 105  
3400 Burgdorf  
Tel. 034 424 11 20  
[info@intersim.ch](mailto:info@intersim.ch)

« Die FDP Schweiz hat sich für die Intersim AG als Partner entschieden, weil das Intersim-Webportal als Produkt überzeugte und genau auf die Bedürfnisse der FDP zugeschnitten ist. »

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)  
[www.prd.ch](http://www.prd.ch)  
[www.fdpthurgau.ch](http://www.fdpthurgau.ch)

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz - Microsoft Internet Explorer

Datei Bearbeiten Ansicht Favoriten Extras ?

Zurück Suchen Favoriten Verlauf

Home Kontakt Shop Français

**FDP**

- Presseamt
- Pressedienst
- Archiv Pressedienst
- Archiv Medienmitteilungen
- Positionen
- Partei
- Abstimmungen
- Tertine

**Zurück an den Absender** new

Die FDP-Fraktion lehnt die forschungsfreundliche Genflex-Vorlage ab (24.09.2002) weiter...

**Den Bauern 'reine Milch' einschenken** new

Die FDP verlangt volle Transparenz bei Swiss Dairy Food (23.09.2002) weiter...

**Wachstum nützt allen - Die Schweiz braucht mehr davon**

Das Wachstumsprogramm der FDP (23.09.2002) weiter...

**Zwei Goldverwendungsprojekte gescheitert**

FDP schlägt Aufteilung gemäss Verfassung vor (22.09.2002) weiter...

**Forschungsplatz gefährden und Arbeitsplätze abbauen?**

Die transichen Folgen einer uncininan Genlex-Vorschärfung (19.09.2002)

**Schnellsuche**

a.n. Delegiertenversammlung Bellinzona

**Wachstum nützt allen!**  
Pressekonferenz zum Wachstumspapier der FDP Schweiz weiter...

**Gemeinsam in den Wahlkampf!**  
Konferenz der Ortsparteipräsidentinnen- und -präsidenten der FDP Schweiz weiter...

**Umfrage**  
Besucher-Umfrage zu unserer neuen WebSite. Machen Sie mit! weiter...

Internet

Freisinnig-Demokratische Partei Kanton Thurgau - Microsoft Internet Explorer

Adresse http://www.fdpthurgau.ch/page/content/index.asp?MenuID=513&ID=3735&Menu=15&Item=9

Freisinnig-Demokratische Partei Kanton Thurgau

Home Kontakt Druckansicht

**FDP**

- Home
- Grusswort der Präsidentin
- Aktuell
- Agenda
- Parteizeitung
- Dokumente
- Abstimmungen
- Links
- Service
- Who is Who
- Kontakt

**Willkommen bei der FDP Thurgau**

**Urnengang vom Sonntag, 22. September 2002**

**Kaspar Schläpfer**  
Präsident, Mitglied, kompetent, für einen starken Thurgau  
in den Regierungsrat

**Resultat Regierungsratswahlen 1. Wahlgang**

Die Resultate zu den Abstimmungen finden Sie auf der Site des Kantons Thurgau (Bild rechts anklicken).

**Schnellsuche**

**2. Etappensieg erreicht!** new

Analyse und Ausgangslage für den 2. Wahlgang aus Sicht der Präsidentin. weiter...

**Thurgauer Freisinn**

Ausgabe September abrufbar weiter...

**Präsidentenkonferenz**

Donnerstag, 3. Oktober weiter...

**Delegiertenversammlung**

Montag, 21. Oktober weiter...

**FDP Thurgau unterstützt**

**zukunf**  
mittels und über **thurgau**

**Thurgau an der Expo 02**

KANTON THURGAU

Internet

KLEINES SPIEL DER PHANTASIE



Karikatur Andreas Töns

## Ein Jahr vor den Wahlen

Die ehemaligen FDP-Parlamentarier wollen informiert sein

Der neuerlich gute Aufmarsch der ehemaligen National-, Stände- und Regierungsräte zeigte, dass sie sehr am Geschehen der FDP interessiert sind. Im Zentrum standen für einmal die Wahlen 2003.

Zu Beginn orientierte Generalsekretär Guido Schommer unter dem Titel «Ein Jahr vor den Wahlen» die Anwesenden über den Stand der Wahlvorbereitungen. Aktive Parlamentarier aus den verschiedensten

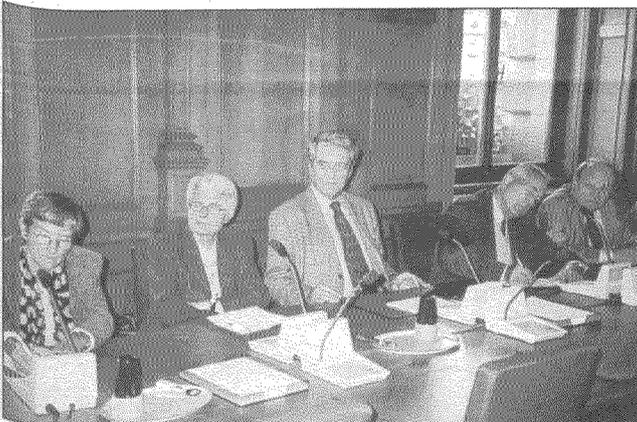
Landesteilen und Parteipräsident Gerold Bühler zeigten die Situation aus ihrer Region auf.

Staatssekretär David Sitz – soeben aus Moskau zurückgekehrt – beleuchtete unter dem Titel «Ist der Russland-Markt eine Chance?» die Situation im Osten. Dabei hielt er fest, dass Russland nur nach aussen funktioniert, der russische Staat im Innern aber nach wie vor schwerfällig ist. Auf die Konjunkturlage eingehend, hielt er fest, dass die Situation in

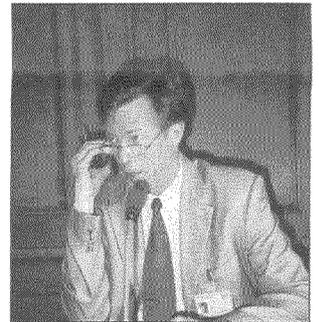
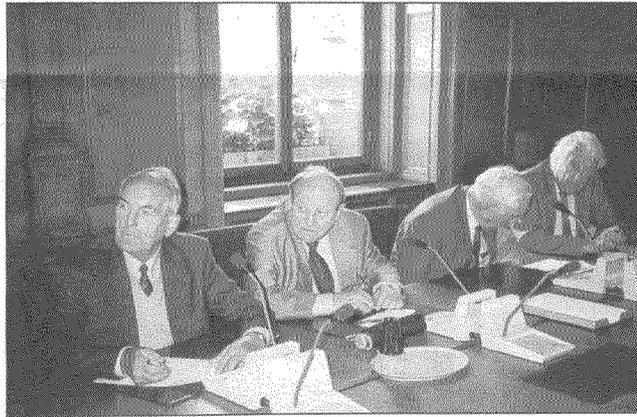
den USA nach wie vor den Weltmarkt beeinflusse. Der leichte Aufwärtstrend in Mexiko (Nachbar der USA) lasse in der zweiten Hälfte 2003 eine konjunkturelle Besserung erwarten. ■



Karl Tschuppert berichtete von der Aufnahme der Schweiz in die Uno.



Die «Ehemaligen» verfolgten die Ausführungen der «Aktiven» äusserst aufmerksam und brachten ihre wertvollen Erfahrungen ein.



Paul Kurrus, selbst Pilot, klärte die Anwesenden über den Stand des Zusammenspiels des Swiss- bzw. Crossair-Personals auf.



Staatssekretär David Sitz (2. von rechts) ist der Ansicht, dass unsere KMU auf dem Weltmarkt eine gute Chance haben.



Unter der Leitung von Ernst Mühlemann beleuchtete Generalsekretär Guido Schommer die Wahlen 2003, und Fraktionsvizepräsident Fulvio Pelli sprach die Hoffnung aus, «dass wir in den nächsten 12 Monaten geschlossen auftreten».

Bilder: rus

# Landeshauptmann Caesar Jaeger

## Erster Grossratspräsident der FDP Oberwallis

Mit einem Glanzresultat (einstimmig) wurde Grossrat Caesar Jaeger an der Maisession zum Landeshauptmann des Kantons Wallis gewählt. In der 23-jährigen Geschichte der FDP Oberwallis ist es das erste Mal, dass ein Grossrat der FDP Oberwallis dieses ehrenvolle Amt bekleidet.

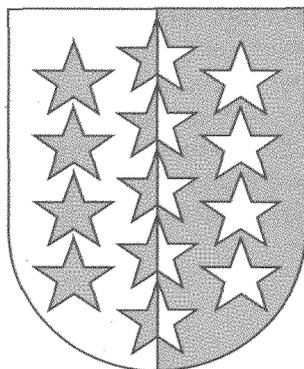


Caesar Jaeger

Von Kantonssekretär  
Matthias Eggel, Brig-GLIS

Caesar Jaeger war einer der Mitgründer der FDP Oberwallis im Jahre 1979. Während zehn Jahren, von 1988 bis 1998, führte er als Präsident die FDP Oberwallis. 1989 wurde er in den Grossen Rat des Kantons Wallis gewählt, wo er

von 1995 bis 1999 Fraktionspräsident war. Der 57-jährige Advokat und Handelsregisterführer aus Brig ist seit 1983 Präsident der Schweizerischen Handelsregisterführer. Als Major der Schweizer Armee beendete er seinen Dienst als Of z Vfg Kdt R Br 21. Die Wahl von Caesar Jaeger ist für die FDP Oberwallis ein freudiges Ereignis.



Sie ist insbesondere eine Anerkennung für die geleistete Arbeit des FDP-Mannes, welcher über die Parteigrenzen hinweg sowie in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießt. Die FDP Oberwallis gratuliert ihm zu seiner Wahl und dankt ihm für sein vergangenes und auch zukünftiges Engagement im Dienste der Partei.

FDP Oberwallis

**Aufschwung  
ist...**



**...einem Liebsten  
etwas schenken.**

## Information KMU-Oscar 2003

### Die Kantonalparteien sind zur Meldung aufgerufen

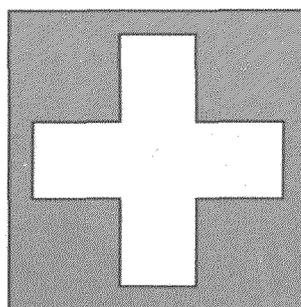
**Die FDP Schweiz hat im August 1999 und im Juni 2001 die ersten beiden Male eine KMU-Oscar-Verleihung durchgeführt. Jetzt steht die Verleihung 2003 bevor.**

Die Übergabe im nationalen Rahmen erfolgt an einem Parteitag im ersten Halbjahr 2003. Auch dieses Mal haben die Kantonalparteien vorab den KMU-Preis auszuschreiben und wählen ein besonders innovatives Unternehmen

für den FDP-KMU-Oscar aus. Zieldatum ist Ende Januar 2003; bis dahin sollte die Auswahl in den Kantonen erfolgt sein.

Die Kriterien für die Auswahl der kantonalen KMU-Oscars stehen wie immer in unmittelbarem Zusammenhang mit ausgewählten Inhalten der FDP-Politik. Dieses Mal lässt sich das Auswahlkriterium besonders gut mit unserem Wahlslogan «Freiheit und Verantwortung» verbinden. Die Kantone haben ein

KMU auszuwählen, das sich dadurch auszeichnet, dass das Unternehmen eine «besondere gesellschaftliche Verantwortung» wahrnimmt. Gesucht werden also Unternehmen, die neben ihrem unternehmerischen Engagement (inkl. Sponsoring) eine spezifisch gesellschaftliche Unterstützung bieten. Preisträger können nur Unternehmen sein, die im Sinne der Erhaltung unseres Milizsystems etwas für die Förderung der Freiwilli-



genarbeit tun. Selbstverständlich bleibt die Bedingung «KMU» bestehen, Grossunternehmen sind ausgeschlossen. Die Idee eines KMU-Oscars kommt ursprünglich daher, dass

die Verbindung zwischen FDP und KMU gestärkt werden soll. Die KMU-Oscar-Statuen werden voraussichtlich wie immer von einem unserer beiden Bundesräte überreicht werden. Für alle Fragen bezüglich KMU-Oscar können Sie sich jederzeit wenden an: Andreas Müller, Telefon 031 320 35 32, mueller@fdp.ch, oder an Ruedi Schlaepfer, Telefon 031 320 35 18, schlaepfer@fdp.ch.

## Termine

### Wie gewinne ich Wahlen?

#### Wahlkampfkurse für Kandidierende

**Die FDP Schweiz bietet ab November 2002 bis Mitte 2003 Wahlkampfkurse für Kandidierende an. Es wird empfohlen, zwei Tageskurse zu besuchen.**

Der Tageskurs I, «Wie gewinne ich? – Wahlkampfkurs für Kandidierende», informiert über die Wahlkampfthemen unserer Partei, befähigt zum Organisieren eines persönlichen Wahlkampfs, vermittelt Kenntnisse zur Arbeit mit einer persönlichen Homepage sowie zur Arbeit mit den Printmedien. Der Tageskurs I wird von der FDP Schweiz organisiert. Es werden vier entsprechende Kurse mit ca. 18 Teilnehmenden angeboten. Die Übernachtung ist

selbständig zu organisieren. Es sind folgende Kursdaten vorgesehen: 22./23. November 02, 28./29. März 03, 2./3. Mai 03, 27./28. Juni 03, jeweils Freitagmittag bis Samstagmittag. Der Kurs am 22./23. November 02 findet am Sitz der Economiesuisse in Zürich statt. Die Kosten für diesen Kurs betragen Fr. 120.– (exkl. Übernachtung/Verpflegung). Die Kurskosten und die Kursorte für den Tageskurs I im 2003 stehen noch nicht fest.

Der Tageskurs II, «Medien- und Argumentationstraining für Kandidierende», ist dem Training mit den audiovisuellen Medien (Radio und TV) sowie der Argumentationstechnik gewidmet. Der Tageskurs II wird von der Econo-

miesuisse organisiert. Es werden 7 entsprechende Kurse mit 8 bis max. 10 Teilnehmenden angeboten. Sie finden in Zürich am Sitz der Economiesuisse statt. Die Kurse sind unentgeltlich. Es ist keine Übernachtung notwendig. Die Kursdaten stehen noch nicht fest.

Wir hoffen, dass das Kursangebot genutzt wird, und freuen uns, unsere Kandidatinnen und Kandidaten an den Ausbildungskursen begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen  
Generalsekretariat FDP Schweiz  
Der Generalsekretär, Guido Schommer

#### Tageskurs I vom 22./23. November 2002

##### Freitag, 22. November 2002

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
Eintreffen	ab 13.30	Teilnehmende individuell
Begrüssung und Einführung (Ziele, Ablauf, Organisation)	10' 14.00–14.10	Bruno Henggi, Fraktionssekretär
<b>Wahlkampfplattform FDP</b>	20' 14.10–14.30	Guido Schommer, Generalsekretär
<b>Schwerpunktthema Sicherheit im Alltag</b> Präsentation Fragen/Diskussion	45' 14.30–15.15	NR Karl Tschuppert
<b>Medienarbeit Zeitung</b> Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/ Zeitungsartikel schreiben	45' 15.15–16.00	Ruedi Schläpfer, Redaktor «Freisinn»
Pause	30' 16.00–16.30	
<b>Medienarbeit Zeitung</b> Arbeitsweise Redaktion, Wie komme ich in die Zeitung?, Leserbrief/ Zeitungsartikel schreiben	45' 16.30–17.15	Ruedi Schläpfer, Redaktor «Freisinn»
<b>Schwerpunktthema Wachstum</b> Präsentation Fragen/Diskussion	45' 17.15–18.00	NR Gerold Bühler, Parteipräsident
Pause	18.00–18.15	
<b>Schwerpunktthema Gesundheit</b> Präsentation Fragen/Diskussion	45' 18.15–19.00	NR Trix Heberlein

Apéro und gemeinsames ab 19.30  
Nachessen im Beisein  
von NR Trix Heberlein

##### Samstag, 23. November 2002

Ausbildungsmodul	Dauer/Zeit	Referenten
<b>Persönliche Homepage</b>	60' 8.30–9.30	NR Peter Weigelt
Pause	15' 9.30–9.45	
<b>Organisation persönlicher Wahlkampf</b>	60' 9.45–10.45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE
Pause	15' 10.45–11.00	
<b>Meine Erfahrung im persönlichen Wahlkampf</b> Panelgespräch/Diskussion	45' 11.00–11.45	Hannes Treier, Wahlkampfleiter FDP BE NR Felix Gutzwiller NR Maya Lalive d' Epinay
Schluss des Seminars Auswertung	15' 11.45–12.00	Bruno Henggi, Fraktionssekretär

**Kursort:** Economiesuisse, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich, Tel. 01 421 35 35, Fax 01 421 34 34, E-Mail info@economiesuisse.ch, www.economiesuisse.ch

#### Übernachtung (bitte selbständig buchen)

Empfehlung: Hotel Europe, Dufourstrasse 4, 8008 Zürich, Tel. 01 261 10 30, Fax 01 251 03 67, info@hoteleurope-zuerich.ch

**Nachessen:** Zunfthaus zur Zimmerleuten, Limmatquai 40, 8001 Zürich, Tel. 01 250 53 63, Fax 01 250 53 64

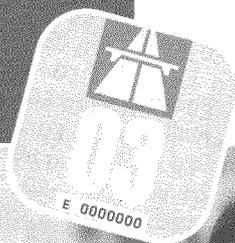
**Kontaktperson/Anmeldung:** Bruno Henggi, FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-Mail henggi@fdp.ch, www.fdp.ch

**Anmeldefrist für den Kurs:** 15. November 2002

# Die Vignette zum Ferienspass.

Abschalten und neue Kräfte tanken. Profitieren Sie von einem Konzept, das freie Hotelkapazitäten auslastet und Ihnen darum interessante Preisvorteile bietet. Und für Ihre freie Fahrt ins Reisevergnügen erhalten Sie jetzt gratis die Autobahn-Vignette 2003.

Jetzt informieren und bestellen  
Tel. 0848 850 900



Gratis  
Autobahnvignette 2003



**3** Nächte im Hotel  
für 2 Personen  
nur Fr. **75.-**

## Herzlich willkommen

Tanken Sie spontan Sonne in Lugano oder am Lago Maggiore. Geniessen Sie Winterfreuden in St. Moritz, Arosa, Adelboden, Wengen, Saas-Fee, Crans-Montana, etc. Oder zieht es Sie ins Ausland? Mehr als 1500 qualitätsgeprüfte 3- und 4 Sternhotels in 10 europäischen Ländern freuen sich auf Ihren Besuch.

## Bis zu 50% günstiger

So einfach geht es: Sie erwerben einen *freedreams* Hotelscheck – 3 Übernachtungen für 2 Personen für nur Fr. 75.-. Dazu kommen Frühstück und Abendessen, die Sie direkt im Hotel bezahlen. Insgesamt sparen Sie so bis zu 50% des offiziellen Halbpension-Preises.

## Alle Hotels und Spezialangebote auch online

Entdecken Sie Ihr Lieblings-Hotel im Internet unter [www.freedreams.ch](http://www.freedreams.ch), wo Sie auch direkt Ihre Hotelschecks bestellen können. Oder rufen Sie uns an: Wir sind gerne für Sie da. Sie erreichen uns täglich von 7 – 23 Uhr unter 0848 850 900.

**free=dreams**  
clever reisen.

Endlich Ferien. Ihre Schweiz.



## Ab ins Ferienvergnügen!

- Ich profitiere von Ihrem Spezialangebot: Senden Sie mir bitte \_\_\_\_\_ Pakete à 2 *freedreams* Hotelschecks für nur Fr. 150.- und gratis dazu die Autobahnvignette 2003.
- Ja, gerne: Senden Sie mir bitte 1 *freedreams* Hotelscheck für nur Fr. 75.-.

Jeder Scheck berechtigt zu 3 Übernachtungen für 2 Personen in einem der über 1500 *freedreams* Partner-Hotels in der Schweiz und in ganz Europa und hat eine Gültigkeit von einem Jahr. Mit Ihrer Bestellung erhalten Sie zudem kostenlos den aktuellen *freedreams* Hotelführer. Versandkosten Fr. 4.95. Spezialangebot gültig bis 31. I. 2003.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Geb.-Datum \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ich bezahle:  gegen Rechnung, innert 10 Tagen  
 VISA  MasterCard/EUROCARD

Kartenummer

Karte gültig bis

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Senden an: Duethotel AG, Haldenstrasse 1, Postfach, 6342 Baar  
oder Fax: 041 769 35 25